

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Funf sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntägl. Nr. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5 — Erhöhung tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3485.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterakten werden die gehaltene Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssangeboten 20 Pf. Unterrate müssen bis spätestens $\frac{1}{2}$ 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 283.

Dresden, Montag den 7. Dezember 1908.

19. Jahrg.

Die Not des Winters.

Winter — schon das Wort ist geeignet, bei Hunderttausenden von Arbeitern Schaden hervorzurufen, denn es bedeute für sie die regelmäßige, alljährliche Wiederkehr der Arbeitslosigkeit mit Entbehrungen, Hunger, Sorgen, Elend im Gefolge. Wenn der Winter gekommen ist, die Mäte alle Arbeiten im Freien unmöglich macht, die ganze Tautätigkeit ruht, kann beginnen eine Bedürftigkeit für Hunderttausende von Männern und Frauen und Kindern aus der Arbeiterklasse, die nur der in seiner ganzen Schrecklichkeit zu begreifen vermag, der es einmal selbst erlebt hat, der einmal wochenlang im Winter ohne Verdienst war, hungrig, frierend und die Frau und die armen Kinder hungern und frieren sehen musste! Und dies noch dazu im Winter, wo der Lebensbedarf ein höherer ist als in anderen Jahreszeiten, wo der Körper eine erhöhte Nahrungsauflauf gebracht, sich eine bessere Kleidung schwerig macht und vor allem die Gewärzung der Wohnung hohe Anforderungen stellt. Wenn die Besitzenden ihre glänzenden und verblüffenden Festen feiern, allabendlich Bälle und Konzerte und Theater und „Wohltätigkeitsfeste“ eine diffinguierte Gesellschaft vereinigen, wie eine einzelne Person an einem Abend mehr für die Toilette verschwendet, als ein Arbeiter mit seiner Familie Wochen und Monate zu leben hat — in dieser Zeit ist das Elend am größten. Da hungern und darben viele Tausende von brauen Arbeitern, herrischen Sorgen und bitterste Not in unzähligen Arbeiterfamilien, die ihre Hände zur Arbeit ausstrecken, aber keine Beschäftigung, einen Verdienst finden können.

Dieser Zustand besteht alljährlich, auch in den Jahren des günstigsten Geschäftsganges, des höchsten industriellen Aufschwunges. In diesem Winter aber kommen hier über der Krise noch hinaus, die Zahl der Arbeitslosen, der Dorfbewohner, der Hungernenden ist Legion! Aber nicht einmal zur Verbesserung der Bedenken, welche die regelmäßige Existenzlosigkeit verschafft, bestehen sozialpolitische Anstrengungen. Angesichts den kleinen Unterstützungen, welche Gewerkschaften an ihre Mitglieder zahlen können, gibt es für die Arbeitslosen heute keine andere Hilfe als die —

gräßliche Armenunterstützung!

Die regelmäßige Not, die auf dem Baugewerbe auftritt betrifft vor allem alle Berufe, die von der Bauarbeitslosigkeit mehr oder weniger abhängig sind: Maurer, Zimmerleute, Bauteile, Dachzieher, Täpfereier, Dekorationsmaler, Schreiber usw. Die Belegschaftslosigkeit im Baugewerbe ist nicht immer die Folge einer Krise, der kapitalistischen Produktionsweise entsprungen, sondern oft nur durch die Witterungsverhältnisse hervorgerufen. Aber dennoch sind die Arbeitslosigkeit und vor allem die Leiden der Arbeitslosen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise. Früher waren die Arbeiten im Baugewerbe nicht so spezialisiert wie heute, die Gebäude wurden auch nicht in so kurzer Zeit fertiggestellt, im Winter gab es für alle Bauarbeiter viele Arbeiten in der Werkstatt, die heute in Spezialbetrieben hergestellt werden, und schließlich waren besonders die Baubauarbeiter sehr lange im Besitz der Produktionsmittel, sie wurden alle selbst Meister und verdienten im Sommer so viel, daß sie im Winter einige Wochen aufziehen konnten, zumal sie auch fast alle — wie die anderen Handwerker auch — Fleisch und Fisch bekamen und es ihnen jedenfalls nicht an Nahrungsmitteln fehlte. Heute ist dies alles anders! Die Arbeiter der Baubauarbeiter sind Wohnarbeiter in großkapitalistischen Betrieben, ihr Sohn reicht kaum hin, das nackte Leben fristen zu können; kommt der Winter, werden sie auf die Straße gestossen und sie leben sich von allen Mitteln zum Lebensunterhalt entblößt. Man hat gelagt, die regelmäßige Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter mache eine einheitliche Arbeitslosenversicherung unmöglich. Über gerade diese regelmäßige, mit Sicherheit in bestimmter Jahreszeit auftretende Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufen zeigt die Wege, auf denen sich eine allgemeine Arbeitslosenversicherung vollzieht. Die Organisation einer Arbeitslosenversicherung muß nach Berufen eingeteilt und geregelt werden. Zweifellos liegt ja auch in der Ausbildung der Gewerkschaften das Mittel, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Leiden der Arbeitslosigkeit zu mildern. Unlöschlich der Ausspernung der Arbeiter in der Lancashire Baumwollindustrie ging durch einen Teil der freienunten Breslau in Deutschland ein Artikel, in dem es hieß: Die Arbeiter der Lancashire Baumwollindustrie sind an sich keine Proletarier. Sie verdienen bis zu 70 M. die Woche . . . bezügen meistens ihr eigenes Häuschen mit einem Stückchen Land und ein Gut haben sie in Konsumvereinen und anderen Gesellschaften. Ebenso gehören ihre Gewerkschaften zu den gebiegtesten und reichsten des Landes. Die Auswertungsunterstützung für Familien . . . beträgt bis zu 20 Schilling die Woche und die vorhandenen Gelder — eine Gewerkschaft allein verfügt über annähernd 15 Millionen Mark — reichen aus, um über ein halbes Jahr lang diese Unterstützung glatt auszuzaubern. Wie führen das nur an, um zu zeigen, was gute Organisationen — Gewerkschaften, Genossenschaften usw. — zu erreichen vermögen, um ihre Mitglieder vor der Not zu schützen, nicht nur bei Wohntämpfen, sondern auch bei Arbeitslosigkeit überhaupt. Über die Vorbedingungen hierzu sind hohe Börsen, und diese müssen zuerst erfüllt werden!

Holzerte Menschen hat es nie gegeben, das menschliche Leben reagiert sich stets in geschlossenen Gruppen, in Drama-

tionen. Der mittelalterliche Handwerker war nur möglich als Glied seiner Gilde, die ihm seine Existenz ermöglichte, ihn beschützte, ihm das Rohmaterial beschaffte und vielfach für Absatz seiner Arbeiten sorgte, mit der er in den Kampf zog und in die allgemeine Versammlung. Heute ist die Gesellschaft in die Klasse der Kapitalisten und die der Lohnarbeiter streng getrennt, die beiden Klassen stehen sich mit entgegengesetzten Interessen feindlich gegenüber und die Organisationen bilden sich nach dieser Klasseneinteilung. Nur in festen Organisationen finden die Arbeiter die Garantien ihrer Lebenssicherung, nur im Aufbau dieser Organisationen liegt die Sicherheit für die Zukunft. Ohne die Arbeiterorganisationen wären die Arbeiterversicherungsgesetze nicht denkbar oder sie würden nur auf dem Papier stehen. Eine Arbeitslosenunterstützung aber muss ganz und gar auf den beruflichen Organisationen der Arbeiter aufgebaut werden. Dies verlangt besonders die regelmäßige und eigenartige Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufen und zu gewissen Jahreszeiten. Die einzigermaßen genügende Unterstützung der Arbeitslosen aus eigener Mitteln ist aber den Gewerkschaften heute unmöglich, weil der Sohn der Arbeiter noch zu gering ist, um die hohen Kosten einer Arbeitslosenversicherung allein aufzutragen zu können, genauso für die Arbeitslosigkeit einer Krise, wie heute, die in einer kapitalistischen Gesellschaft in bestimmten Abschlägen immer wiederkehrt, und wo Hunderttausende brocken, für die viele Millionen erforderlich sind, wenn auch nur der dringendsten Not gesteuert werden soll. Deshalb ist es aber die Pflicht der Gesellschaft, aus allgemeinen Mitteln in den Organisationen der Arbeiter Gelder zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder und Berufsgenossen zur Verfügung zu stellen, besonders natürlich erkennt ist, daß dies der gangbare Weg zu einer Arbeitslosenversicherung ist. Nach dieser Richtung entwickelt sich ja auch in verschiedenen Ländern eine Arbeitslosenversicherung nach dem sogenannten Gentler System. In Belgien gab es 1907 bereits 14 kommunale Fonds, denen 21 Gemeinden angehört und 284 Berufsgenossenschaften angegliedert waren, welche Unterstützungen für ihre Mitglieder aus den Fonds erhielten. Auch die Freiburger haben Arbeitslosenfonds gegründet, aus denen wieder die Gemeinden Zuschüsse zur Unterstützung der Arbeitslosen erhalten. In England bestehen noch dem Gesetz von 1905 nur Arbeitslosenkomitees, deren es 1907 in London 29, in der Provinz 88 gab und die sich wesentlich mit Arbeitsvermittlung beschäftigen. In Deutschland hat erst Strohburg mit dem Gentler System begonnen. Alles aber, was auf diesem Gebiete der Sozialpolitik bereits besteht, findet erst wirzige Anfänge, welche in den jetzigen Krisen völlig bedeutungslos blieben. Über sie zeigen alle den Weg, auf dem die Frage der Arbeitslosenversicherung zu regeln ist.

Die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung ist auf das engste mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft. Und sie tritt auch nicht nur in den Zeiten der Krise, sondern auch regelmäßig im Jahre einmal, im Winter, in bestimmten Berufen auf. Hunderttausende von Arbeitern haben ihr ganzes Leben alljährlich unter ihr zu leiden. Eine Gesellschaft, welche nicht imstande ist, diese furchtbaren Leiden zu befehligen oder auch nur wesentlich zu mildern, hat keine Existenzberechtigung. Und so lange die Herrschenden den sich bietenden Weg zur Arbeitslosenunterstützung nicht betreten wollen, zeigen sie, daß ihnen die größten Leiden des Volkes gleichgültig sind. Die Hoffnung der Arbeiter für die Zukunft aber liegt auf alle Fälle in dem Ausbau ihrer Organisationen, nur durch sie, mit den Organisationen gelingt es den Arbeitern, höher zu steigen, ihre Existenz zu sichern und schließlich auch die Gesetzgebung sich nutzbar zu machen, die Leiden der Arbeitslosigkeit zu mildern und ganz zu beseitigen.

Die erste Lesung des Etats.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Wer etwa am Sonnabend ohne Kenntnis der Tagessordnung so gegen 11 Uhr auf der Aufsichtsertribüne des Reichstags saß, mußte denken, daß etwa die zweite Lesung irgend einer Vorlage zweiter Güte, eines Viehseugegesetzes oder sonst eines Gegenstandes zweiter Güte zur Veratung stand. Höchstens mußte ihm die Unwesenheit dieser Großvordräger, die blanken Knöpfe, Einems und die blendend weiße Weste Dernburgs auf den Verdacht bringen, daß so etwas wie ein „großer Tag“ im Anzuge sei. Doch mußte ihm das Gefühl des Übels wieder in dieser Vermutung wanken machen. Auch die schwache Bewegung des Hauses deutete auf alles anderes eher, denn auf einen parlamentarischen Galatz hin. Und doch stand Schwarz auf weiß in der Tagessordnung verzeichnet die erste Veratung eines Gesetzes betreffend Festlegung des Reichshaushalt. Das besagt, aus dem Langlebdeutsch in die Umgangssprache überetzt, erste Erstlesung, und damit gar kein Zweifel bleibt, daß es sich wirklich darum handelte, stand gleich Staatssekretär Sudow auf und verkündete sich in Wohrenwoche, indem er aus einem trostlosen Etat sogenannte günstige Momente herauszubringen suchte.

Schon der erste Redner aus dem Hause, Herr Speck vom Zentrum, verhalf diesem gewaltigen Optimismus gegenüber der Wohlheit zu ihrem Recht. Herr Speck sprach ganz leidliche Worte über die übermäßige Rüttelruhrung und über

Rebene bei freilich offensichtlicher Befürchtung der Befürchtungen sein agrarisches Herz durch ein Lied auf die Fahrkartenssteuer und auf die Telephonversteuerung; er begeisterte sich auch unter Begründung der längst zum Kinderbett gewordenen Gewerkschaftslegende für die habsburgischen Annexionspläne von Bosnien.

Nach dem Zentrumredner bestieg Herr Wasser mann die Tribune, um nach alter Gewohnheit die Rede zu halten, die Rülle für seine bevorstehende Rede als Unterlage benutzen sollte. Von wegen des zweiten Teils seines Parteiennamens übte Herr Wasser mann wohlwollende Kritik an der preußischen Polizeivergewaltigung des deutschen Reichsgelehrten und tadelte sonst, daß Herr v. Marschall, erlauchten Vorbildern folgend, just im entscheidenden Augenblick, fern von Madrid — will sagen von Konstantinopel — geblieben. Was aber Herr Wasser mann mit einer Hand nahm, gab er mit der anderen mehr als reichlich zurück. Der Rest des Gesetzestextes brachte mit einer Phantasie, um die ihn sein Onkel noch im Grabe bereiten kann, es fertig, aus der Casablanca-Blamage einen Vorbericht weiser Rücksicht zu ziehen, den er mit der Grazie der Goetheschen Leonore dem inzwischen im Soziale erschienenen Bülow auf die Denkerstirn drückte. Von einer Flottenförderung will Herr Wasser mann nichts wissen. Ob er diese Flotte auch gegen die österreichischen Slaven verenden will, ließ er nicht deutlich erkennen. Zum Schluß erinnerte sich Herr Wasser mann noch an einen natürlich geheimen beschiedenen Forderung verstärkten parlamentarischen Einflusses auf die auswärtige Politik.

Staatsredner unserer Fraktion war diesmal Genosse Scheidemann. Gerade Staatsredner stellen an jüngere Parlamentarier hohe und schwierige Ansprüche. Um so erfreulicher ist es, daß Genosse Scheidemann mit seiner nachhaltigen und Inhalt gleich guten ersten Staatsrede einen tollen Erfolg hatte. Unser Fraktionsredner gliederte den rüfigen Stoff in drei aus dem Natur der Dinge sich ergebende Abschnitte: den Zusammenbruch des persönlichen Regiments in der auswärtigen und den Zusammenbruch eben dieses Regiments in der inneren Politik. Der Unglücksfanalzler, der nun schon acht oder, wenn man sein Staatssekretariat mitzählt, elf Jahre Deutschland und die Welt mit seinem Lächeln und seiner Helden beglückt, hat es glücklich fertig gebracht, daß im ferne, und im nahen Orient, im Norden und im Süden Afrikas die deutsche Politik das Schicksal des Herauswurfs erlebte, daß im Hof des deutschen Namens die ältesten Feinde, Russen und Engländer, Serben und Türken, Buren und Bantueger und Hollentoten, sich zusammengefunden, daß ein loyalitätskriegerisches Blatt wie die Tägliche Rundschau mit islamistischem Totalismus grenzenlose Blamagen in der deutschen auswärtigen Politik als unabwendbares Schicksal hinnehmen zu müssen erklärte.

Dem Jena der auswärtigen Politik reicht sich wildig das innere Jena an. Ein hoher Militär, Graf Höseler, seufzt, daß wider Berserker und Gewissens regiert wird. Szenenabschlägen über Szenenabschlägen entführen die Eiterdeulen am Leibe der deutschen Justiz. Mit Samthschuheln wird ein Eulenburg angeföhrt, während ein umontastbaren Ehrenmann, wie Karl Liebknecht, die Anrede einfachster Höflichkeit versagt wird. Das Schwarzmachertum macht sich breit und street seine Polizeivarmen nach dem Reichsamt des Innern aus. Eine neue Ära Mantuus ist über Deutschland, und nur die blassen Furcht vor einem Katastrophenfanalzler lädt die bürgerlichen Parteien vor dem Rücktritt des Unglücksfanalzlers zittern.

Mit der wichtigen Anklage Scheidemanns schloß die Sonnenblendung. Wenn wir von einem kleinen komischen Nachspiel absiehen, das der Präsident Graf Stolberg aufführte, indem er für die angebliche Befreiung eines verstorbenen Hohenzollernkönigs den verstorbenen Barnhagen von Ense zur Ordnung rief.

Man sagt, daß die Montagssitzung mit einer Schaum-schlägerei des Grübenfanalzlers eingeleitet werden soll.

Steigerung der Haushaltsskosten.

So. Schon im Oktober wurde auf die bedauerliche Erhöhung steigender Lebensmittelpreise hingewiesen. Schlimm war diese Erhöhung, weil in einem Winter mit hoher Arbeitslosigkeit und gleichmäßiger Verdunstung hohe Preise die soziale Not vermehrten. Um so schlimmer war aber die Bewegung der Lebensmittelpreise im Detailverkehr, als die Mehrzahl der Großhandelspreise ihre sinkende Tendenz beibehalten hatte. Zwischenhin hoffte man im Oktober noch, daß der November eine für die Konjunktur wieder günstige Preisbewegung auf dem Lebensmittelmarkt bringen würde. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Es ergibt sich vielmehr, daß der November eine abnormal sehr merkliche Preissteigerung für Nahrungsmittel gebracht hat, so daß die Kosten für die Ernährung überwiegend höher sind als 1907; ja an manchen Plätzen wurde sogar das hohe Preisniveau vom November 1906 wieder überschritten.

Von den für den Konsum wichtigsten Lebensmitteln sind insbesondere Fleisch, Kartoffeln und Butter teurer geworden. Von den verschiedenen Fleischsorten hat der Preis von Schweinefleisch am stärksten angezogen. Stellten sich im Oktober die Detailpreise in Berlin noch besonders hart

Bien, 6. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses machten die Liberalen einen ungeheuren Lärm wegen der Hofkasse. Als wenige Minuten nach 10 Uhr Präsident Dr. Weißkirchner im Saale erschien, wurde er mit „Abwas, Weißkirchner“, Rufen und abenteuerlichem Lärm von den Reichsbürgern empfangen. In dem Augenblick, da die Schreie nicht geworden zu sein schienen, zogen sie Weißkirchner hervor und begannen auf die Tische einzutreten. Eine hatte sogar eine Trompete mitgebracht. Abwas, Palma wollte gegen die Präsidententribüne stürmen, wurde daran jedoch durch die Schreie, die um die Tribüne errichtet waren, gehindert. Präsident Dr. Weißkirchner betrachtete die Lärmstörer ruhig durch sein Opernglas, zog dann ein Paarpiet hervor und begann ihre Namen zu nennen, was die Erregung der Liberalen noch mehr steigerte. Anschließend batte der erste Redner das Wort ergreifen und da die Reichsbürgerschaft diese Rufe ihres Begierdens einsehen mussten, hörten sie noch einiger Zeit mit dem Demonstrieren auf.

Zum Kampf um das Wahlrecht.

Budapest, 6. Dezember. Die Liga der ungarischen Sozialisten hält heute eine Konferenz ab, in der beschlossen werden soll, als Protest gegen die Wahlreform Radetzky den Generalstreik zu proklamieren. Die Regierung soll jedoch entschlossen sein, nicht nachzugeben, sondern gegen die Führer mit sofortiger Verhaftung vorzugehen.

England.

Die Gewerkschaften und die politischen Aufgaben.

Die Arbeiterschaft und die gewerkschaftlichen Abgeordneten hielten vor kurzem eine gemeinschaftliche Sitzung ab, um über die Folgen des Urteils des Appellhofes zu beraten. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Sollte das Urteil des Appellhofes vom Oberhaus bestätigt werden, so wäre die Lage des Trade-Unionismus unverträglich. Die beiden Sektionen der Arbeiterbewegung befürchten deshalb, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, den Gewerkschaften die Freiheit, wie handeln zu erlauben, wie einzurichten, wie sie zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen für nötig halten.“

Die zu ergreifenden Maßnahmen sind: ein Aufruf an die Oberhauswirte und im Falle des Wahlerfolgs die Einbringung einer Gewerkschaftsresolution im Parlamente.

Die Parlamentsliste.

London, 6. Dezember. (W. T.) Die Ablehnung zweier grundlegender Gesetzesvorschläge durch das Oberhaus hat die Krise zwischen den beiden Kammern verschärft. Die Gewerkschaften der Arbeiterbewegung befürchten deshalb, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, den Gewerkschaften die Freiheit, wie handeln zu erlauben, wie einzurichten, wie sie zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen für nötig halten.“

Die zu ergreifenden Maßnahmen sind: ein Aufruf an die Oberhauswirte und im Falle des Wahlerfolgs die Einbringung einer Gewerkschaftsresolution im Parlamente.

Demonstrationen für das Frauenwahlrecht.

London, 6. Dezember. Erregte Szenen spielten sich gestern nachmittag in der Albert-Halle bei einer von der liberalen Frauen-Föderation abgehaltenen Versammlung ab, bei der der Schauspieler Lloyd George der Hauptredner sein sollte. Die Vorsitzende der Frauenrechtslerinnen, die soziale und politische Vereinigung der Frauen, hatte angekündigt, daß Lloyd George nicht zu Wort kommen lassen würde. Die Albert-Halle war gefüllt voll und ein starkes Polizeiaufgebot hielt sich auf den angrenzenden Straßen für etwaige Auseinandersetzungen bereit. Lady MacLean brachte eine Resolution ein, die von der Regierung das parlamentarische Wahlrecht für Frauen verlangte, und richtete an die Frauenrechtslerinnen die Bitte, sie möglichen Lloyd George Gehör schenken. Diese sollte dieser jedoch einige Sätze gesprochen, als eine leidenschaftliche Protestdemonstration eintrete. Eine Frau nach dem anderen unterbrach den Minister und wurde von den Vorständen unter lautem Geschrei und nach heftigen Kämpfen hinausgetragen. Die Frauen entfalteten Banner mit Aufschriften wie: „Stürzt das Kabinett!“ und dergleichen. Solche Frauen waren ihr Übermaß ab und zeigten sich in Gefangenkleidung. Einige schleiften sich mit Ketten an die Hände. Andere zogen Peitschen in der Hand und blieben auf die Vorstände ein. Lloyd George machte Berührt, zu Worte zu kommen. Eine Zeile gab er sie nicht, sondern auf, es sei möglich, gegen Verachtung und Ohrfeige zu kämpfen, worauf er zu seinem Sitz zurückkehrte. Schließlich gelang es ihm, etwa 50 Minuten lang ununterbrochen zu reden. Die Zuhörer demonstrierten am Schlusse seiner Rede lebhaft gegen die Methoden der Frauenrechtslerinnen. Lloyd George erklärte, die Wahlrechtsvorlage erlaube Bestimmungen über das Frauenwahlrecht. Falls sie verworfen werde, werde das Frauenwahlrecht beim Appell an das Land in das Programm der liberalen Partei aufgenommen werden; die Ausübung des Parlamentsrechts nicht so weit im Felde, wie manche Leute dachten.

Wallonien.

Die Wallischen Wahlen.

Konstantinopel, 6. Dezember. Bischof sind 220 Deputierte gewählt worden. Davon sind 160 Mohammedaner, 28 Christen und 2 Judenten.

Den Gagetto kündigt an, der Sultan werde am 14. d. M. bei Eröffnung des Parlaments teilnehmen und jeden dritten oder vierten Tag in der Sitzung anwesend sein.

Konstantinopel, 6. Dezember. Eine Meldung der Zeitung aus Istanbul besagt, daß die Reisefahrten am 8. d. M. trotzdem die Offiziere sich ihnen widerstehen, das Publikum gewöhnlich aus dem dortigen Theater vertrieben werden. Am Tage darauf wurden die Reisefahrten in ihrer Kaserne umgekehrt und überwältigt. Ein Offizier und sechs Männer wurden getötet, ein Offizier und acht Männer verletzt.

Die Vorstossbewegung.

Konstantinopel, 6. Dezember. Der Vorstoß hat, ansatz aufzufassen, an Schärfen zugenommen; er dürfte noch schärfer werden, da in der Vorstossbewegung jetzt eine exakte Organisation und ein detailierter Feldzugplan vorliegen soll.

Das Vorstosskomitee droht mit Ausdehnung des Vorstoßes auf deutsche Dänen, falls österreichisch-ungarische Truppen unter anderem Flugzeuge über Preußen oder Hamburg gehen sollen, um dann auf deutschen Schiffslinien nach Konstantinopel zu gelangen.

Vorstantragen.

Budapest, 6. Dezember. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Wekerle beantragte in der gestrigen Sitzung die Unterstellung des Abgeordneten Remes wegen des Gesetzes vom 1. Januar 1905 einer serbischen Bande mit einer Abteilung des 34. Infanterie-Regiments. Der Ministerpräsident erklärte, daß Gericht ist absolut unwahr. Die Ausstreuungen von Mobilisierungen und Zusammenkünften seien nur darauf berechnet, um Österreich-Ungarns Situation in ungünstigem Lichte darzustellen. Der Ministerpräsident versicherte, daß er die öffentliche Meinung über alle im Interesse der Sicherheit

bes Lohns getroffenen Maßregeln stets unterrichten werde und bat, den systematischen Ausführungen keinen Glauben zu schenken.

Württemberg.

Die 450-Millionen-Kartei.

Petersburg, 6. Dezember. Der Budgetausschuss der Duma beschloß in der gestrigen Sitzung nach vom Finanzminister abgegebenen Erklärungen, diesem Kreditoperationen bis zum Betrage von 450 Millionen Rubel zur Tilgung der fünfprozentigen Schatzbriefe und zur Deckung des Betriebsbezuges für außerordentliche Aufgaben im Jahre 1905 zu bewilligen.

Petersburg, 6. Dezember. Gegen das Gericht, der Finanzminister hätte in der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses der Duma erklärt, die beabsichtigte Kartei könnte nur unter schweren für Russland erniedrigenden Dingen abgeschlossen werden, ist die P. T. A. ermächtigt, mitzuteilen, daß der Finanzminister nichts dergleichen erklärt und daß dies Gericht auf „vollkommenen Erfundung“ beruht.

Amerika.

Die Revolution auf Haiti.

Port au Prince, 6. Dezember. Ein Heer von 8000 Revolutionskämpfern zog heute früh unter Führung des Generals Simon in die Stadt ein. Die Bevölkerung brachte dem General Jubelrufe aus. Eine Abordnung des öffentlichen Sicherheitskomitees entbot ihm offiziell den Willkommenstrunk des Volkes und übergab ihm den Regierungspalast. Präsident Simon begab sich hierauf in den Raum, wo ein Telefon abgehängt wurde und holt dann unter Blaudrähte und Zucken der Bevölkerung einen Umzug in der Stadt. — Der ehemalige Präsident Paul Agricole hat sich auf Bord des Dampfers Savoie nach Kingston (Jamaika) begeben.

Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

(Fortsetzung.)

7. Von der Rentenfeststellung der Berufsgenossenschaften.

Die Rentenfeststellung durch die Berufsgenossenschaften gibt den Sekretariaten zu immer neuen Magen-Anstößen. Und mit Recht, denn es wird dabei von den Berufsgenossenschaften in militärischer Weise vorgegangen. Am 1. Februar 1908 verband die Reichsversicherungsanstalt die Berufsgenossenschaften ein Rundschein, in dem gesagt wurde:

„Hierzu würde es unzulässig sein, wenn — was vorgekommen sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den von dem Kräfte angegebenen Prinzipien der Erwerbsunfähigkeit ihrer Entscheidung zugrunde legen, ohne die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit geziert zu haben. Ein derartiges Verfahren, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanistischen Befriedigung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herausgedrückt wurde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes. Hat im eingezogenen Falle der in der Sache gehörige ärztliche Sachverständige auf Schaden oder auf freien Studien auch eine Zeugung über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegeben, so darf niemals außer gut gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit an sich keine medizinische, und daß ihre Beantwortung nicht ausschließlich Sache des Arztes ist, sondern in der Hauptfrage eine der vornehmesten Aufgaben der mit der Rentenfeststellung betrauten Instanzen bildet.“

„Hierzu würde es unzulässig sein, wenn — was vorgekommen sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den von dem Kräfte angegebenen Prinzipien der Erwerbsunfähigkeit ihrer Entscheidung zugrunde legen, ohne die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit geziert zu haben. Ein derartiges Verfahren, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanistischen Befriedigung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herausgedrückt wurde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes. Hat im eingezogenen Falle der in der Sache gehörige ärztliche Sachverständige auf Schaden oder auf freien Studien auch eine Zeugung über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegeben, so darf niemals außer gut gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit an sich keine medizinische, und daß ihre Beantwortung nicht ausschließlich Sache des Arztes ist, sondern in der Hauptfrage eine der vornehmesten Aufgaben der mit der Rentenfeststellung betrauten Instanzen bildet.“

Die Berufsgenossenschaften preisen auf diese gewiß gut gemeinten Erstöße. Aufmerksam bemerkte das Frankfurter Sekretariat: „Schaffen sie am Anfang des Verfahrens kein Arztgutachten, welches Ihnen genügt, um die Rente heranzutreten, so fordern wir die Verleger einfach in eine sogenannte Rentenquetsche,“ wo sie immer ihrem Zweck erreichen. Die persönlichen Verhältnisse des Verleger bleibet dabei völlig unberücksichtigt; ob der Verleger seine Arbeit dadurch verliert oder sonstigen materiellen und gesundheitlichen Schaden erleidet, ist den Berufsgenossenschaften vollständig gleichgültig. So wie die Steinbruch-Berufsgenossenschaft einen in Frankfurt a. M. wohnenden Verleger — obwohl am Ort eine Anzahl der anerkannt wichtigen Angestellten vorhanden ist — nach Düsseldorf zu einem Augenarzt. Der Arzt wurde erzielt, die Rente um 15 Prozent erhöht. Vergleiche, welche in objektiver Weise den Zustand der Verleger begutachten und zu leisten den Berufsgenossenschaften gezwungen Holgerungen kommen, werden bald nicht mehr von ihnen verständigt; man weißt sich anderer zu, die einzugehenden sind und dem Prozeß der Rentenprüfung besser entsprechen.

Einige Berufsgenossenschaften gehen noch weiter, indem sie sich einfach über ihnen unbedeckte Grundrisse hinwegsetzen und die Rente nach eigenem Ermessen oder unter Berufung auf das „vorliegende Gutachten“ feststellen. Der Verleger liest dann zu seinem Erstaunen in dem angezeigten Falle, daß die ärztliche Untersuchung bei ihm keine die Erwerbsunfähigkeit bedeckenden Unfallfolgen mehr bezeugt oder eine wesentliche Befreiung ergeben habe, obwohl ihm der Arzt bei der Untersuchung das Gegenteil gesagt hat. Sieht man dann die Alten ein, so findet sich diese Angabe bestätigt und die Berufsgenossenschaft hat die Zeugung des Arztes unterstellt in ihr Reglement umgedeutet. Einen ähnlichen Fall führt das Arbeitssekretariat Straßburg an, wobei die Fabrik-Berufsgenossenschaft einen Verleger, dem das linke Bein amputiert werden mußte, mit einer 80prozentigen Rente feststellt, während der untersuchende Arzt die Erwerbsunfähigkeit auf 75 Prozent geschätzte. Dabei war der Verleger tatsächlich völlig erwerbsunfähig, wie auch das Schiedsgericht durch Gewährung der Vollrente anerkannte. In einem vom Hamburger Sekretariat angeführten Falle sieht die Chemische Industrie-Berufsgenossenschaft Section III einem Verleger für die Zeit vom 4. Mai bis 1. August 1905 eine 80prozentige Rente fest, obgleich der behandelnde Arzt ihn bis Ende 1905 für vollständig erwerbsunfähig und für 1906 zu 50 Prozent erwerbsunfähig erachtete. Das nennt man freie Vermögensbildung!

Um diesem Vorgehen der Berufsgenossenschaften steht das Reichsversicherungsamt einen sehr großen Teil der Schulden, insoweit, als es die Gutachten der berufsgenossenschaftlichen Vertragsärzte oft genug umbesetzen als gütigstes himmelt und die Anträge des Verleger auf einerseits ärztliche Untersuchung fortgeschickt. Wie wenig unter solchen Umständen die Verleger zu ihrem Recht gelangen, läßt sich leicht erinnern, sind doch die von den Vertragsärzten der Berufsgenossenschaften abgegebenen Gutachten in derart zahlreichen Fällen höchst einseitig und von Objektivität weit entfernt. Um so beharrlicher erscheint es, daß solche zu den Berufsgenossenschaften im Vertragsverhältnis stehenden Arzte zugleich als Vertragsärzte von Schiedsgerichten fungieren. Eine derartige Doppelbelastung muß selbst da, wo das gute Wille, objektiv zu urteilen, vorhanden ist, zu Mißtrauen bei den Verleger Anlaß geben und sowohl das Ansehen des Arztes als auch des Schiedsgerichts erschüttern. Das Reichsversicherungsamt hat dieser Ausstattung bereits mehrere Jahre dadurch Rechnung getragen, daß es die gleichzeitige vertragsärztliche Tätigkeit von Verlegern bei Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichten nicht als empfehlenswert betrachtet. Trotzdem kommt nach den Berichten eine solche Doppelbelastung vor. So ist der Vertragsarzt des Straßburger Schiedsgerichts Professor Dr. Ledderhofer, zugleich Leiter eines von den Berufsgenossenschaften unterhaltenen Unfallkrankenhaus; ein durchaus unhalbbarer Zustand!

Wie die Fürsorgeübernahmen auch die Rentenfeststellung von den Berufsgenossenschaften zum Teil sehr langsam erledigt. Ein der Spieß steht wieder die Wallische Baugenossenschaft-Berufsgenossenschaft, von deren Bummeli die Sekretariate Kürnbach, Fürth und München eine Reihe von Meisterarbeitsplätzen zu berichten wissen. Es ist unglaublich, was sich diese Berufsgenossenschaft trotz der zahlreichen Beamtenversicherungsanstalten erhobenen Beschwerden an Schlampelei den Verleger gegenüber gesetzt. Die Ungläubigkeit des gegenwärtigen Beschwerdebehörden kann nicht besser als durch diese Beispiele charakterisiert werden.

Neben den Berufsgenossenschaften findet man leider auch noch viele Schiedsgerichte, bei denen die Erledigung der Unfallsachen recht langsam vor sich geht, und beim Reichsversicherungsamt ist es nicht besser bestellt. Die Ursache hierzu liegt nicht zum wenigsten an der ungemeinen Überlastung bzw. der nichtzureichenden Besetzung der Schiedsgerichte. Die Zahl der zu bearbeitenden Fälle nimmt ständig zu, während das Personal meist dasselbe bleibt; die Folge ist dann ihre langsame und bei manchen Schiedsgerichten zugleich sehr oberflächliche Erledigung.

Bei den Bemühungen, die Entschädigung der Verleger auf ein möglichst niedriges Maß herabzudrücken, schreiten die Berufsgenossenschaften selbst vor direkt rechtwidrigen Handlungen nicht zurück. So führt das Arbeiterssekretariat Niem einen Fall an, wo das Schiedsgericht einem Verleger eine 10prozentige Rente feststellt, die Berufsgenossenschaft hält aber weigert. Dabei bestimmt § 80 C. L. G. ausdrücklich, daß der Verleger die Rente zu zahlt, weil sie Nutzen einlegen möchte. Dabei bestimmt § 80 C. L. G. ausdrücklich, daß der Verleger bezüglich Aufzehrung der vom Schiedsgericht erkannten Rente keine ausschließende Wirkung hat, was der Berufsgenossenschaft zweifellos bekannt war. Einen ebenso gefährlichen Standpunkt nahm die Wallische Baugenossenschaft-Berufsgenossenschaft ein, indem sie von dem Schiedsgericht Oberbayern verlangte, daß sie die von einem Verleger erhobene Verurteilung nur dann behandeln, wenn dieser die Berechtigung seines Anspruchs durch ein ärztliches Gutachten nachweisse. Selbstverständlich wies das Schiedsgericht dieses Ansinnen zurück, denn § 78 C. L. G. verlangt, daß der Verleger ohne Rücksicht auf den von dem Partei angetretenen Beweis in der Sache zu entscheiden hat.

Unendlich kleinlich und schwätzig ist das Gemüthe der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, eine Herabsetzung der Rente durch möglichst niedrige Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes herbeizuführen. Alle möglichen Mängel werden an den Verleger herausgeführt, um diesen Brod zu erreichen. Das Frankfurter Sekretariat führt einen Fall an, wo die Hessische-Nassauische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft einem vorher völlig arbeitsfähigen Verleger den Jahresarbeitsverdienst von 480 M. wegen angeblicher Unfähigkeit nicht in Zusammenhang stehender Erwerbsunfähigkeit um 80 Proz.kürzte und eine Vollrente von geringen 84,20 M. jährlich. In einem anderen von dem Arbeiterssekretariat Magdeburg erwähnten Falle rechnete die Berufsgenossenschaft dem Verleger wegen hohen Alters eine 50prozentige Erwerbsunfähigkeit auf den Jahresarbeitsverdienst an. Das Schiedsgericht vermöchte sich von der Richtigkeit dieser Rechnung aber nicht zu überzeugen und hielt den Verleger bis zu dem Maß für völlig erwerbsfähig, womit der Jahresarbeitsverdienst von 900 auf 600 M. erhöht wird. Schließlich lag die Sache bei einem Justizfreund, dessen Vollrente mit 84 M. im Jahre von dem Schiedsgericht aus demselben Grunde auf 88 M. erhöht wurde.

Den gewöhnlichen Berufsgenossenschaften bietet sich zu ähnlichem Vorgehen nicht so oft Gelegenheit; ist dies aber der Fall, so lassen sie dieselbe nicht ungenutzt vorübergehen. So brachte die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft einem Verleger einen von 500 M. niedrigeren Jahresarbeitsverdienst in Anrechnung, weil er vor dem Unfall 18 Wochen erkrankt hatte. Schiedsgericht, so wie Reichsgericht liegen sich jedoch auf diese neue Entdeckung der Berufsgenossenschaft zwecks Rentenfestigung nicht ein, sondern geben den Unrägen des Verleger frei.

Ein geradezu raffiniertes System verfolgen die Berufsgenossenschaften bei Feststellung und Auszahlung der kleinen Rente, und sie haben dabei unerlaubbare Erfolge zu verzeichnen. Vor Verbrechen ist vorwiegend darauf gerichtet, die Rente bis 20 Prozent vollständig abzulösen. Daneben verfolgt man die Absicht, die für gewöhnlich üblichen Rente möglichst weit herunterzudrücken. Wie man dabei vorgeht, dafür nur einige Beispiele. Der Verlust eines Auges wird nach der ständigen Gutachtendoktrin des Reichsversicherungsamtes bei qualifizierten Arbeitern einer 85prozentigen Erwerbsunfähigkeit abgesetzt, während die Rente um eine 35prozentige Erwerbsunfähigkeit heruntergesetzt wird. Der Verlust eines Armes ist darauf zurückzuführen, daß sich die Arbeiter gegen die geringe Differenz aus Gleichgültigkeit oder Unkenntnis nicht auskämpfen. Dasselbe Muster wird bei anderen Verlegerungen zur Anwendung gebracht, so kann man bei einer angestellten Berufsgenossenschaft mit Perfektion darauf rechnen, daß nur eine 10prozentige Rente eine solche anstrebt. Erfolgt der Verleger hiergegen eine Befreiung, so merkt sicher die Berufsgenossenschaft diese Änderung, daß nach der Praxis des Reichsversicherungsamtes Änderungen der Rentenfeststellung wegen Differenzen von weniger wie 10 Proz. nicht vorgenommen werden sollen. Und Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt geben ihnen darin recht, so die Herausbildung der Entschädigungsfaße fördernd.

Dem fortgesetzten Vorhaben der Verleger und Wöhren der Berufsgenossenschaft ist es gelungen, die Entschädigungspraxis im Laufe der Zeit gemäß zu verschlechtern. Eine ganze Anzahl von Unfällen, die früher anstandslos zur Entschädigung führten, wie z. B. Bruchhänden, werden heute gar nicht mehr oder nur in besonderen Ausnahmefällen entschädigt. Die traumatische Neurose fakturiert man in heimatlicher Weise mit Rentenfeststellung und schlichter Rentenentziehung, ohne sich im mindesten um die verzweigungsreiche Lage jener Unglücksfälle zu kümmern, in die sie ohne ihr Verschulden durch ihren Unfall gelangten.

Das einzige Heilmittel für solche Unfallsterbster liegt in der Selbstbestellung, das Schiedsgericht schreibt in einer von dem Arbeiterssekretariat Niem mitgebrachten Entschließung einer 85prozentigen Rente fest. Dabei war der Verleger tatsächlich völlig erwerbsunfähig, wie auch das Schiedsgericht durch Gewährung der Vollrente anerkannte. In der Erklärung geht, daß die Wiederaufnahme der Arbeit auf die an traumatische Neurose Leidenden einen unverhinderbaren günstigen Einfluss aus, und ist deshalb gegen

Möbel

begeistert man jetzt direkt aus Wilsdruff vom
weil dort infolge Erbschaft der niedrigen Leben- und Lagermieten
der Großstadt bedeutend billiger.
Permanentes Lager in Polster- u. Tischler-
Möbeln, Stühlen, Spiegeln usw. usw.
Fahrgeld wird vergütet. Lieferung frei ins Haus.
Mehrjährige Garantie.

Bürger-Schänke

Palmstrasse 11 eine Minute vom Postplatz
Jeden Dienstag von abends 16 Uhr an

Grosses Gänse-Essen

mit Rostkraut und Kartoffeln.
Nur gross Pommes à 65 Pf.

Grosses Schlachtfest

mit musikalischer Unterhaltung morgen Dienstag in Henkers
Gasthaus, kleine Brüdergasse 12.

Watches Konzert- und Ball-Etablissement, Dresden-München.

Dienstag den 8. Dezember 1908

Grosses Monster-Konzert

zum Besten der Hinterbliebenen der auf der Zeche
Radbod ums Leben gekommenen Bergleute.

Gezeigt von den Kapellen des Inf.-Regts. Nr. 17 u. Jäger-Bat. Nr. 13.

Anfang 8½ Uhr.

Karten im Vorverkauf 50 Pf. — An der Kasse 75 Pf.

Millionen Kuchen

werden alljährlich zu Weihnachten
mit den beiden Margarinemarken

„Siegerin“ u. „Mohra“

gebacken. Backen Sie gleichfalls
damit und Sie erhalten einen billigen,
feinschmeckenden, butterduftenden
Festkuchen.

Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, Akt.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Flimmer-Watte

per Tafel 50 Pf.

Flimmerschneestoff

75 cm breit, per Meter 1.20 M.

Für Schaufenster und Kostüme

150 cm breit, per Meter 2.20 M.

bei 10 Metern 1.00 M. bei 1.80 M.

Säml. Wattex zu Industrie- u. Krankenzwecken.

Freie Zustellung. Bei Säml. Wattex dient die Umschlagspreise.

Verband-Watte, Bijouterie-Watte

Kartonnagen-Watte, Polster-Watte

Zur Beachtung!

Die molligste Steppdeckenfüllung

erhält man von abgelegten getrennten Strickwollen.

Diese Steppdecken sind sehr warm und leicht.

Einen Posten Steppdecken

eine ganze Reihe, Muster und Größen.

Einen Posten Puppenwagendecken.

Ferd. Ed. Hänel, Dresden

Gebr. 1863. Watt- u. Steppdecken-Fabrik Gebr. 1863.

Mühlgraschen 4 Kanalstraße 1 u. 12 Blotschelstraße 10, I.

Bremser 9827.

Sicher benutzt die Gelegenheit vor Weihnachten und kaufe nur
reell und billig: Schals, Tücher, Taschentücher, Haft-
tücher, Sofen, Unterröcke für Damen und Kinder, Tricot-
Auslage, Korsetts, lebstoffreiche Damenblusen und
Kinderkleidchen bei
Armin Seidel, Restgeschäft, Radeberg, Dresden Str. 1.
Rabattbücher nehmen Sie gern mit in Zahlung.

Schinkes Wermut-Wein

zu haben in den Konsumvereinen.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grätz, Buchdruckerei bei Dresden. — Berantwortlich für den Inserenteil: Heinrich Eichler, Dresden. — Druck und Verlag: Gustav z. Kompe, Dresden.

Auch in diesem Jahre bringen wir eine Auswahl guter, lebhafter und illustrierter Prachtwerke, die zu einem geringen Preise eines sonstigen Werkes als

Weihnachts-Prämie für die Dresdner Volkszeitung

abgegeben werden sollen. Die Werke sind in großen Massenauflagen hergestellt worden, so dass sich trotz der immensen Kosten und eleganten Ausstattung der enorm billige Preis von

nur 3.50 Mark

ermöglichen ließ. Wir bitten frühzeitig zu bestellen, bevor die Auflage vergriffen ist.

Das Weltall.

Eine illustrierte Entwicklungsgeschichte der Natur. Nur 3.50 M.

M. Reymond. — Mit nahezu 600 Abbildungen, 1 Sternkarte, 1 Erdkarte und 4 geologischen Landkarten in Farbendruck. — Lexikon-Format, 720 Seiten stark, in Prachteinband mit Goldbrokat-Versatz.

Die Schöpfungsgeschichte nicht nur des Erdballs selbst, sondern auch der organischen Welt, inwidrigkeit des Menschenreiches, der Pflanzen- und Tierwelt, die Entwicklung von Kraft und Weisheit bis in die Neuzeit lernen wir hier eingehend kennen. Was soll die vielen Theorien, wie Neptun, Zeus und Alexander v. Humboldt zu einem wiedergebauten Weltbau zusammengeführt haben, wird in großer Weise entwickelt. Der hochinteressante Stoff, der ja die höchsten Fragen aller denkenden Menschen in sich hält, muss das Interesse einer noch wenig bekannten Wissenschaft bei jedermann erwecken.

Illustrierte Länder- und Völkerkunde.

Nur 3.50 M.

Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern bearbeitet von M. Reymond. Mit nahezu 600 Abbildungen, 6 Landkarten in mehrfarbigem Farbendruck und geogr.-statistische Tabellen. — Lexikon-Format, 720 Seiten stark, in Prachteinband mit Goldbrokat-Versatz.

Wir stehen im Zeichen des Verkehrs und dürfen daher eine populäre Schilderung aller Völker und ihrer Kultur, für jedermann verständlicher Form wohl von Tag zu Tag zu abgrenzen. Nicht nur die Wissenschaften, sondern auch andere europäische Staaten sind das Interesse für fremde Länder und Völker sehr groß geworden. Aber Völker lernen wir eingehend kennen, die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und religiösen Zustände sind nach den neuesten Daten und Forschungen dargestellt, wie auch die Völker geographisch und ethnisch hinreichend geschildert worden, und es steht sich somit als ein durchaus unerlässliches Nachschlagewerk dar, dessen interessante Darstellungswweise dem Leser sicherlich genügt.

Tier- und Pflanzenwelt.

Nur 3.50 M.

Eine illustrierte Naturgeschichte der Lebewesen. Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft und unter Benutzung der besten Quellen dargestellt in Dr. H. Klenze. — Mit nahezu 600 Abbildungen und 8 Tafeln in Farbendruck. — Lexikon-Format, 720 Seiten stark, in Prachteinband mit Goldbrokat-Versatz.

Der in Sachkreisen bekannte Autor bietet die Gewähr für die gründliche Bearbeitung des Stoffes. Nicht nur ein Aufzählen von Namen, Kllassen und Geschlechtern, sondern eine lebensvolle Charakterzeichnung in unendlich mannigfacher Form der gesamten Erde belebenden Geschöpfe und der Pflanzenwelt bis in das Buch: „Tier- und Pflanzenwelt“. Die Völker des Urwalds, wie die freilaufenden Haushalte und Wildgesellschaften Menschen, die im Kreise der Züchtung, wie in der Tiefe des Meeres sich zahlreich tummeln, müssen ebenso wie in ihren urigsten Lebensabenden dargestellt werden. Die Hauptvegetation der gesamten Erde, bis zu den Äquatorialen Gebüschen mit den wunderbaren Geheimnissen der Natur ist in höchst interessanter Weise dargestellt. Das Buch ist sowohl ein Nachschlagewerk für Tier- und Pflanzenkunde, als auch ein hochinteressantes Haushalt- und Unterhaltungsbuch.

Die Wunder der Technik.

Nur 3.50 M.

Eine illustrierte Geschichte der Erfindungen. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachschriftsteller herausgegeben von Johann Torkow, technischer Hilfsarbeiter im Kaiserlichen Palaisamt. — Mit 600 Textillustrationen und 4 mehrfarbigen Tafelbildern. — Lexikon-Format, 720 Seiten stark, in Prachteinband mit Goldbrokat-Versatz.

Eine Entwicklungsgeschichte der Technik soll das vorliegende Buch der Laienwelt bieten. Ein Stoff, der aus welchem uns die ältesten Überreste menschlicher Kultur erhalten geblieben sind, bis zur modernen Technik mit ihren neuen Errungenschaften wird das Wissenswerteste und Interessanteste behandelt. Die Erfindungen und Beobachtungen, die von Meistern und Forschern bei den Kulturschaffern gemacht werden, begleiten den Leser und fördern das bessere Verständnis für den Inhalt eines jüngsten Werkes. Die Entwicklung des menschlichen Geistes als das Urquell aller Errungenschaften, das Wollen der Menschheit, deren Arbeit und Fleiß und für seine technische Tätigkeit bedient, wird erörtert und die über den ganzen Erden ausgedehnte Kulturlandschaft der modernen Menschheit in ihren Hauptrichtungen geschildert.

Illustrierte Weltgeschichte.

Nur 3.50 M.

Von O. Mertens. — Mit über 600 Textillustrationen, 1 Titelbild und 6 Tafelbildern. — Lexikon-Format, 300 Seiten stark, in Prachteinband mit Goldbrokat-Versatz.

Diese neue illustrierte Ausgabe des berühmten Geschichtswerkes, welches die Entwicklung, die Schönheit der Völker und Staaten und das Kulturerbe der Menschen bis zur Gegenwart umfasst, wird sich vorzüglich zu Geschichtswerken eignen und jedem Geschichtslehrer eine Quelle nicht nur zur Beklebung, sondern auch wahrhaften Genusses sein. Es handelt sich hier nicht bloß um eine trockne Klassifizierung von Geschichtsdaten und Ereignissen, sondern um eine lebendige anschauliche Darstellung der Weltgeschichte mit übersichtlicher Anordnung und Gliederung, reichhaltigem Sach- und Namensregister, unter wundervoller Rücksichtigung der neueren Geschichts- und Geschichtsschreibung. Es sind dies besondere Vorzüge des Werkes, denen es auch eine Verbreitung in allen Kreisen des deutschen Volkes verdankt.

Fritz Reuters Meisterwerke.

Nur 3.50 M.

Neue illustrierte Original-Ausgabe. Format 24x30 cm, 800 Seiten stark, mit vielen Original-Illustrationen, in 3 leichtorganisierbarem Prachteinband, reinlesen, lederartig geprägt (Buch- und Goldprägung).

Reuter ist um allein als der größte deutsche Humorist bekannt und gehört zu den beliebtesten deutscher Dichtern. Er hat es vorzüglich verstanden, Charaktere in Lebenswirklichkeit zu schaffen und mit seinem Gedanken und dem Urtheil der Herzen gewonnen. Unsere Ausgabe enthält keine künstlichen Übersetzungen, sondern ist vollständig in deutscher Sprache verfasst, so dass sie leichter verstanden werden kann. Es handelt sich hier nicht bloß um eine trockne Klassifizierung von Geschichtsdaten und Ereignissen, sondern um eine lebendige anschauliche Darstellung der Weltgeschichte mit übersichtlicher Anordnung und Gliederung, reichhaltigem Sach- und Namensregister, unter wundervoller Rücksichtigung der neueren Geschichts- und Geschichtsschreibung. Es sind dies besondere Vorzüge des Werkes, denen es auch eine Verbreitung in allen Kreisen des deutschen Volkes verdankt.

Bitte unterschreiben den Beilegschein zu benutzen und an den Neuen Allgemeinen Verlag direkt zu senden.

Ausschnitten und einsenden:

„An den Neuen Allgemeinen Verlag, Berlin W. 57, Bülowstraße 66. Unterzeichnet behält hiermit folgende Werke zum Auslandspreis für die Leser.“

„Erpl. Das Weltall von M. Reymond 3.50 M.“

„Illustrirte Länder- und Völkerkunde von R. Reymond 3.50 M.“

„Tier- u. Pflanzenwelt von Dr. H. Klenze 3.50 M.“

„Die Wunder der Technik von Dr. O. Mertens 3.50 M.“

„Illustr. Weltgeschichte von O. Mertens 3.50 M.“

„Fritz Reuters Meisterwerke von Dr. A. Wolf 3.50 M.“

„Wildebrand 3.50 M.“

„Werke und Veredlung 50 Pf. — Alle 6 Werke franco. — Betrag ist unter Nachnahme zu entrichten.“

Name: _____ Ort: _____

Wohnung oder Poststation: _____ Jedes Werk ist einzeln käuflich.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 283.

Dresden, Montag den 7. Dezember 1908.

19. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Verfassungswidrig.

Bei der Verhandlung über die Eventual-Wahlrechtsvorlage plänum der Zweiten Kammer haben sich die Konservativen nicht, alles daraus auszumerzen, wogegen sich eine Verfassungserzung nicht gemacht hätte. Im anderen Falle wäre zur Auseinanderstellung einer Zweidrittelmehrheit nötig gewesen, über die die Konservativen nicht mehr verfügen. Nachdem der Juristen im nationalliberalen Lager verloren standen, kam der Eventual-Wahlrechtsentwurf trotz der von den Konservativen zogenen "Erklärung" noch gegen die Verfassung. Das ist bereits dem Abg. Hittner bei der Beratung des § 38, der die Verhinderung in den Großstädten betrifft, gesagt worden. Auch er erklärte der Vorsitzenden der nationalliberalen Fraktion, Schied, daß nach Ansicht der Nationalliberalen der § 38 in der Fassung des Antrags Brückner verfassungswidrig sei, auf erwiderte der Präsident Dr. Nehnert: Ich habe eine reine Aussöhnung und bringe sie zum Ausdruck.

Der umstrittene § 38 lautet in seiner jetzigen Fassung:

In den Wahlkreisen, die aus der Stadt Plauen und den ihr zu einem Wahlkreis verbundenen Städten, der Stadt Zwickau und aus Teilen der Städte Dresden, Leipzig und sonst gebildet werden, erfolgt vom Jahre 1910 ab die Wahl den Grundzügen der Verhältnisswahl.

Nach Ansicht der nationalliberalen Juristen verhindert dieser § 38 gegen den § 71 der Verfassung, der bestimmt, daß alle Jahre der dritte Teil der Abgeordneten auszuwählen und die Fassung des Ausscheldens noch erfolgten Neuwahl der Kammer so das Gesetz bestimmt wird. Solange diese Verfassungserzung gilt, steht es nach Ausführungen der nationalliberalen Juristen an der Einführung von Verhältnisswahlen bestimmt notwendigen Vorauseitung, doch wenigstens zwei Abgeordnete gleichzeitig zu wählen sind. Nun könnte dem aus Wege gegangen werden, wenn die in allen fünf großen Städten bei jeder oder zwei Jahren erfolgenden Neuwahl gleichzeitig freigewordenen Wahlkreise zwecks Zusammensetzung der Stimmen miteinander vereinigt würden. Der Wortlaut des Abg. Brückner würde diese Auslassung zulassen, wenn nicht gleichzeitig ein anderer Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Spich und Lossen angenommen wäre, in dem die §§ 13 und 17 des Wahlgesetzes von 1868 aufrechterhalten würden. In § 16 ist aber bestimmt, von der Stadt Dresden 5, von der Stadt Leipzig 5, von der St. Chemnitz 2 und von der Stadt Zwickau 1 Abgeordnete zu wählen. Und einer Zusammensetzung der Stimmen aus allen diesen Städten ist die Wahl der Abgeordneten keine "Erzung" von der einen Stadt mehr, es könnte nun wieder kommen, von der in der einen Stadt aufgestellten Kandidaten haupt fehlen, von der in einer andern Stadt aufgestellten mehr gewählt werden, als dieser Stadt zulässt". Auch die Ausschließung der Verhältnisswahl auf das Jahr 1910 macht Sache nicht besser.

Auch hier hat sich auch der eigentliche Führer der Nationalliberalen, Justizrat Schill in Leipzig, ausgedrückt. Einem Arbeiter der L. R. R. hat er darüber folgendes erklärt: "Aus geplünderten Verhüllungen ergibt sich, daß nach dem Status der Verfassung in jedem einzelnen Wahlkreis ein bestimmter Abgeordneter gewählt werden soll. Nach Einführung der Verhältnisswahl müßte aber dem betreffenden zusammenliegenden einen städtischen Wahlkreis ja als ein Abgeordneter gewählt werden, was kommt der Verhüllungskunde widerwirkt. Außerdem würde die Verhältnisswahl nicht mit dem Artikel 71 der Verfassungsurkunde vereinbar sein, nach dem der dritte Teil der Abgeordneten der Provinz immer alle zwei Jahre neu gewählt werden muß. Es müssen also Abgeordnete, die in den großen Städten durch Verhältnisswahl gewählt sind, zu gleicher Zeit abgewählt werden."

Noch Ansicht Schills wird das neue Wahlgesetz von der Zweiten Kammer nicht angenommen werden. Sollte das Gegenteil der Fall sein und das Gesetz auch von der Regierung publiziert werden, so müßte die Frage, ob es der Verfassung entspricht oder nicht, von dem Staatsgerichtshof entschieden werden, der durch Artikel 142 der Verfassungsurkunde zum Schutze der Verfassung begründet ist und über Handlungen zu erkennen hat, die Verfassung einzelner Punkte der Verfassung betreffen".

Die Ansichten Schills haben deshalb besonderes Gewicht, weil er selbst Mitglied des Staatsgerichtshofs ist. Wir glauben, daß es so weit gar nicht kommen, sondern daß dieses Wahlrecht schon am Widerstand der Zweiten Kammer scheitern wird.

Ein nettes Polizeistückchen

Es fand in vorheriger Woche in Zwickau stattgetragen. Gehen Sie zu jüngster Schlosser, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Arbeit suchend durch die Straßen, als auf einmal der Schuhmann Michel auf Sie zugelaufen kommt und Sie in der betrunken Polizeikarte verzeichnet, in eine Hausschlur eingetreten. Dort läßt er Ihnen vor, daß Sie gebettelt hätten. Um Beweisstheit herzustellen und das Unrecht zu beweisen, verwohnt sich die Polizei, daß Sie gebettelt hätten. Am Abend kommt sie bis zum Sonnabend liegen. Am Sonnabend früh werden beide aus der Haft vorgebracht; es wird Ihnen eine Frau gegenübergestellt, bei der Sie gebettelt haben sollen. Diese Frau erklärt sofort, daß die beiden nicht bei ihr gebettelt hätten. Die Verhüllung, um die es sich handelt, ist viel älter gewesen. Darauf kommt am Sonnabend nachmittag der Geschäftsführer mit folgenden Worten in die Zelle: "Sie habe aber Schwierigkeiten, Ihr Leid geteilt zu haben" und damit sollten die beiden Arbeiter entlohen werden. Hieraus erklärt der eine, daß er eine Bekleidung verlangt, worauf ihm ein Schriftstück nachstehenden Inhalts angezeigt und ausgehändigt wurde:

A. A. II. 455/08. Zwickau, am 5. Dezember 1908.
Herrn Schlossergesellen
geb. 14. April 1883 in

wird auf Anhören bestätigt, daß dieselbe bisher unbekannt, heute vom Königl. Amtsgericht nach Aufhebung eines Hafts befreit entlassen worden ist, da der in der vorliegenden Straf-

verfügung vom 30. November 1908 ausgesprochene Verdacht des Betriebs sich nicht bestätigt hat.

R. Amtshauptmannschaft Zwickau

Gerichtssiegel.

K. Schubert, Sekr.

Aus dem Schriftstück ist wohl ohne weiteres ersichtlich, daß man es hier mit völlig unwidrigem und auch unbeschuldeten Menschen zu tun hat. Auch daß ganze Reihen der Leute zeigte selbst dem Ungeübtesten auf den ersten Blick, daß es sich um ehrliche Arbeiter handelte, die durch die gegenwärtige Misere von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Sind denn solche arme und ehrliche Leute vogelschei, kann man sich ihnen gegenüber alles gestatten, mußte man sie eine Woche lang ihrer Freiheit berauben? Die Gerüchtebildung mit der in Frage kommenden Frau konnte der Schuhmann bereits am Montag vornehmen, dann wäre der ganze Zwischenfall im Verlaufe von 10 Minuten gezeigt gewesen, denn die Unschuld der Betroffenen hätten sich sofort ergeben. So aber hat man die beiden Arbeiter nicht nur eine Woche lang ihrer Freiheit beraubt, was bot ihnen auch eine Woche lang das Umschauen nach Arbeit unmöglich gemacht. Als man sie dann aus dem Gefängnis entließ, hat man sie nicht etwa für die unschuldige erlittene Unterhundungshaft entschädigt, man hat sich nicht einmal über die an ihnen begangenen Misshandlungen entzweit. Wie kann Klingt der Auspruch des Gerichtsdieners, und charakteristisch für unsere Zustände ist er. Ja, man könnte dem Gerichtsdienner bestimmen: "Schwein haben die Leute gehabt, daß man sie nicht $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Jahr unschuldig gelangen gelassen hat, doch sie schaue nach einer Woche in die höchste Freiheit zurückzuschreiten durch. Wenn es sich um einen weinend-verdächtigen Pärchen handelt, überlegt es sich der Staatsanwalt außerordentlich lange, ehe er zur Verhaftung schreitet. Sind es aber 'nur' Arbeiter, dann sieht man, wie leicht so etwas gehen kann.

Gut sächs.

Im Bezieh der Amtshauptmannschaft Borna besteht eine unglaubliche Verordnung, die offenbar schon seit einigen Jahren in Kraft ist. Danach dürfen Personen, die das 25. Lebensjahr nicht überschritten haben, keine Flugblätter ausdrucken. Auf welche Besiegung bestimmt sich der Amtshauptmann von Borna führt, als er sie die Freiheit und das Recht nimmt, gewisse Teile der Bevölkerung durch eine solche Verordnung zu bewirken, ist uns unbekannt. Wer aber der Ansicht ist, daß diese echt sächsische Besiegung nur als überlebtes Inventarschild ehemaliger Postzettelkiste noch existiere, wird durch eine Strafverfügung eines Beamten belehrt, die dieser Tage ein Genosse in Böhmen zugestellt erhielt und worin es heißt:

R. A. 288. S. T. Borna, am 20. November 1908.

Um Gedenktag vom 10. Oktober 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Beweis: Bezeugt des Gendarmer Schubert in Möhra.

Auf Grund des Gedenktages vom 10. Oktober 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

S. T. —

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Von dem Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie Anzeige vom 10. November 1908 haben Sie am 31. Oktober 1908 vormittags in der 9. Sunde in Böhmen Blätter mit der Überschrift: "Arbeiter, Wähler!" und "Kämpfen 1908 für das verständige Volk in Sachsen", also Propaganda öffentlich nicht gewerbsmäßig verbreitet, obwohl Sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben!

Vom Gendarmerie An

Zwar das Faßbierwort „Mittelstandspolitik“ hat derzeit viele auf veränderte Politiker eingeangt und dafür blind gemacht, daß der ökonomische Mittelstand eine heterogene, durch feinerlei wirtschaftliche Schattinteressen zusammengehaltene Masse darstellt. Zum Mittelstande zählen doch vor allem auch die sehr zahlreichen öffentlichen und Privatbeamten, die laufmännischen und technischen Angestellten, — ihr Interesse ist, wie seines Vertrags, mit Anerkennung und Förderung der Konsumvereine durchaus verbunden. Gleiches gilt vom mittleren Grundbesitz — daß ihm die Konsumgenossenschaft zugänglich sei, hat das geltende Reichsrecht bereits in aller Form erkannt; durch § 8 Absch. 4 des Genossenschaftsgesetzes ist bekanntlich daß den Konsumvereinen übrigens auferlegte Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder für landwirtschaftliche Konsumvereine im wesentlichen aufgeschafft worden.

Aber selbst der gewerbliche Mittelstand verdonkt den Konsumvereinen viel, vielleicht ebensoviel, als er auf der anderen Seite durch ihren Wettbewerb einbüßt. Einmal kommt auch seltenen Angehörigen als Monumenten die Verbülligung des Lebensunterhaltes zugute. Zum andern erhöht die Weichheit der Konsumvereine die Kaufkraft des konsumierenden Publikums um den vollen Betrag dessen, was sie hier durch Rückvergütungen auf die gezahlten Warenpreise wieder ausgeführt wird. Gewiß nicht solche Erhöhung der Kaufkraft nicht gerade denselben Betrieben, denen die Konkurrenz der Konsumvereine Abbruch getan hat. Aber keinem Zweifel kann es unterliegen, daß ein ungemein großer Prozentsatz der Rückvergütungen in die Taschen von Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes überhaupt steht. Liebrigens kommt die erhöhte Kaufkraft der deutschen Arbeiterschaft in vollem Umfange dem deutschen Wirtschaftsleben im allgemeinen zugute, verschafft der deutschen Industrie bessere Absnehmer."

In Übereinstimmung mit Herrn Professor Rehm, der ebenfalls ein Gutachten über dieselbe Frage erstattet hat, kommt Herr Professor Dertmann denn auch zu einer entschiedenen Beurteilung des Steuerunrechts für Konsumvereine.

Die Steuerkommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat inzwischen die Gesellschaftsteuer abgelehnt, so daß dieselbe kaum Geheg werden dürfte. Wir können nur wünschen, daß diesem Beispiel der Dresdner Kreisausschuß folgt und die Dresdner Umsatzsteuer nicht genehmigt.

Mit den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt hielt am Freitag eine öffentliche Sitzung ab. Von der auf der Tagesordnung stehenden Punkten wurden unter anderem genehmigt bzw. befürwortet die Gemeindebezirksveränderung zwischen Potschapfel und Gittersee bzw. Göschütz, die neuverteilung für Altfranken mit Gutsbezirk, die Bezirksveränderung zwischen Gemeinde und Kammergut Döhlen, die Gemeindesteuerordnung für Stetzsch, die Verlegung der Wahlwählerstraße am gleichen Grundstück in Tharandt, das Ortsgebot für die Wasserleitung der Gemeinde Reitzenhain, die Anlagenordnung für Briesnitz, der 1. Nachtrag zu den Abzügen für die Gemeindeverbandsparfasse zu Leubnitz-Messta und Umgegend, die Bezugswchselabgabenordnungen für Oberwartha und Niedergorbitz, das Ortsgebot der Gemeinde Gößmannsdorf über die Hundesteuern und das katholische Ortsgebot über die Erhebung von Bezugswchselabgaben in der Parochie Briesnitz. Abgelehnt wurde das Gesuch des Haushalters Bräselowitz in Döblitz um Genehmigung zur Errichtung einer Kleinviehhälterei (aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten) sowie ein Gesuch um Unterhöhung für das Blinden-Erholungsheim in Grünma. Dem Lözenhausausschuss der Ephorie Dresden II zur Fürsorge für Strafentlassene wurde auf dessen Gesuch eine Behilfe von 50 M. aus Bezirksmitteln gewährt, ferner dem Ortsgebot über die Erhebung einer Gewerbesteuer bei Ausstellung von Automaten in der Gemeinde Briesnitz zugestimmt. In der Gemeinde Teuben werden die wahlberechtigten Personen in je zwei Klassen der Anfängigen und Unanfängigen eingeteilt. Maßgebend für die Abgrenzung der einzelnen Klassen ist der Staatseinkommensvertrag. Anlässlich der Einführung des 25prozentigen Steuerzuschlages im Jahre 1902 ist auch der Grenzbetrag bedeutend erhöht worden, um zu verhindern, daß die Sozialdemokratie auch in den höher besteuerten Klassen Einfluß gewinnt. Der Nachtrag war ursprünglich bis 1907 genehmigt worden, da mit Ablauf dieses Jahres auch der Steuerzuschlag von 25 Prozent wieder in Wegfall kommen sollte. Da letzterer nun zur nämlichen Einrichtung geworden ist, soll auch der entsprechende Nachtrag zum Ortsamt weiter in Kraft bleiben. Der Bezirksausschuss drückte natürlich hierzu seine Zustimmung aus.

Ein interessanter Steuerprozeß

ist jetzt vom Oberverwaltungsgericht entschieden worden. Es handelt sich um die Frage, ob die Hellefellerbrauerei, deren Besitztum sich auf Coschützer und Döhlener Flur befindet, auch zu den Gemeindeanlagen der Stadt Dresden analogenpflichtig ist. Der Kreisausschuss hatte beschlossen, daß die Brauerei mit ihrem Gesamteinkommen in Coschütz zu 53, in Döhlchen zu 37 und in Dresden zu 10 Prozent zu den Gemeindeanlagen heranzuziehen ist. Im Gegen- satz hierzu stellte sich das Finanzministerium auf den Standpunkt, daß die Firma in Dresden nicht gemeindeanlagen- pflichtig ist, weil sie ihren juristischen Sitz in Dresden hat. Der juristische Sitz einer Gesellschaft sei noch keine gewerbliche Niederlassung. Gegen diese Entscheidung hatte die Stadtgemeinde Dresden die Unfechtbarkeitsklage erhoben, die von Erfolg war. Das Oberverwaltungsgericht hat die angefochtene Entscheidung aufgehoben und im Sinne des Kreisausschusses endgültig dahin entschieden, daß die Hellefellerbrauerei mit 10 Prozent in Dresden zu den Gemeindeanlagen heranzuziehen ist. Begründend wird ausgeführt, daß in Dresden eine ausgedehnte gewerbliche Nieder- lassung der Firma bestehen. So fänden fast allwohentlich in der Dresdner Kanzlei des Ausschütsratmitgliedes Justizrat Wolf Sitzungen des Direktoriums statt, in denen sehr wichtige und bindende Abschlüsse gemacht würden. Hinzu komme, daß etwa die Hälfte aller Kunden in Dresden und Vororten wohne. Man müsse deshalb annehmen, daß der Schwerpunkt der geschäftlichen Tätigkeit der Brauerei in Dresden liege. Ein Zusammenfluß von Umständen zwinge zu der Annahme, daß eine gewerbliche Niederlassung in Dresden bestehen und daß insbesondere dort die Verwaltungstätigkeit ausgeübt werde. Die Frage, ob der aktientechtliche Sitz an und für sich schon eine gewerbliche Niederlassung bilden, ist offen gelassen worden.

Die bei der am 1. November stattgefundenen Wahlkämpfen demonstrierten Dresdner Arbeiterklasse der imposante Zug um Postplatz nach der Marienstraße zu sich bewegte, trat der dreißigjährige Arbeiter Ernst Richard Ludwig, der sich mit unter den

heran, musterte ihn von oben bis unten und führte dann in provolatorischer Weise: „Ich habe dir ein Paar in die Fresse!“ Der Gendarm schenkte diesen Worten keine Bedeutung und tat, als ob er es gar nicht gehört hätte. Darauf bemühte sich Ludwig, mit einem der Jagdpuer anzubündeln, der ihn aber ebenso mit Nichtachtung strafte und ihn stehen ließ. Daraus trat L. zum zweiten Male zu den Gendarmen heran und sagte: „Nun habe ich dir aber ein Paar in die Fresse!“ Der Provokateur wurde nunmehr zur Wache geführt, wo er weinend erklärte, er wisse von dem Vorgange nichts. Nachdem der Zug vorüber war, wurde er wieder entlassen. Der Polizeipräsident stellte Strafanträge wegen Beleidigung des Gendarmen. Mit Rücksicht darauf, dass L. in etwas arglistigem Zustande handelte, erkannte das Gericht auf 12 Tage Gefängnis. — Der Mann täte gut, sich zu organisieren, damit ihm Schliff beigebracht werden könnte. Die Ruhe und Besonnenheit des betreffenden Gendarmen sind anzuerkennen.

Schwindel.

Zu neuerer Zeit — so wird uns geschrieben — mehren sich die Reklamen galizischer Versandhäuser in Dresdner Tagesschriften. Zu warnen ist insbesondere vor einem neuerdings veröffentlichten Angebot einer Krakauer Schuhwarenfirma, die (angeblich aus einer Konkurrenzfirma hervorgegangen) „4 Paar hoch-elegante Herren- und Damen-Schnürschuhe, Leder, in braun oder schwarz, mit stark geragtem Lederboden“ zum Preise von 7 M. empfiehlt. Die Nachforschungen der Handwerkskammer Neustadt haben ergeben, daß das Krakauer Verlandgeschäft dem harmlosen Besitzer keine hochelaganten Lederschuhe, sondern vier Paar Segeleutschuhe geringster Qualität mit Pappsohlen und dünner Lederauflage zusammen läßt. Samt-Porto und Zoll kostet die Sendung 8,55 M., während der Verkaufspreis der Schuhe nach Sachverständigenurteil höchstens 5 M. beträgt.

Das Inserat hatte auch in unserem Blatte Aufnahme gefunden; es ist aber noch Kenntnis des Sachverhaltes sofort ge-

Gegen die neuen Reichsteuern. Der Handlungsgesellen (Bezirk Dresden) veranstaltete Dienstag den 8. Dezember im Hotel zur Herzogin Garten (Ostra-Allee), abends 8³/₄ Uhr, eine Versammlung, in der Stadtverordneter Flechner über: Die neuen Steuervorlagen, eine wirtschaftliche Gefahr für die Privatangestellten, sprach.

Zentraltheater. Das Gastspiel der Hindutempel-Tänzerin Miss Ruth St. Denis dauert nur noch 8 Tage, da die Künstlerin Dienstag den 15. Dezember zum letzten Male auftritt. Die Vorstellungen beginnen 1/2,8 Uhr und finden bei gewöhnlichen Preisen statt.

z. Zeit.

Kaufmannsgericht.
Wegen angeblicher fingierter Aufträge wurde der Reisende A. von der Firma Gebrüder Marquardt sofort entlassen. Mehrere von den aufgezeigten Kunden weigerten sich, das Petroleum zu nehmen, wobei sie behaupteten, sie hätten kein Petroleum bei dem Reisenden bestellt. Die Firma hat den Reisenden im Verdacht, an den betreffenden Tagen nicht gearbeitet zu haben. Ihr Verdacht wird durch den Umstand unterstützt, daß der Reisende mehrere Male morgens den Bericht nicht pünktlich einschickte, obwohl er hierzu verpflichtet war. Das Gericht ist der Ansicht, daß die Unterrichtung pünktlicher Berichterstattung in Verbindung mit der teilweisen Erfolglosigkeit der Arbeit des Reisenden eine Erklärung für das Misstrauen der Firma ist. Der Kläger muß seine Gehaltsentschädigungslage zurückgibben.

Eine einmalige Verleihung des Vertrages genügt nicht immer zur sofortigen Entlassung eines Angestellten. So entschied das Gericht in einer Klage des Reisenden Behrens gegen den Agenten Heinrich Glade wegen 148,58 M. Gehaltsentziehung und Provisionssforderung. Der Reisende wurde von Glade, der der Vertreter einer englischen Wäschefirma für Deutschland ist, engagiert und zu den Großfirmen nach Berlin geschickt. Nach seiner Tätigkeit in Berlin, für die er keine Spesen erhielt, sollte er mit Spesen auf die Reise geschickt werden. Schon nach einigen Tagen entließ G. den Reisenden, weil ihm dessen Erfolge zu gering waren. Jetzt behauptet er aber, der Kläger habe in Berlin nicht für ihn, sondern für eine andere Firma gearbeitet und dadurch den Vertrag verletzt. Die Sache verhielt sich aber so: B. stand früher mit einer Wäschefirma in geschäftlicher Verbindung und hatte dort noch Vorbehalt stehen. Bei Gelegenheit kam er mit einem früheren Kunden zusammen, der ihm bat, eine kleinere Partie Wäsche bei der betreffenden Wäschefirma zu bestellen. B. gab diese Bestellung weiter, wofür ihm einige Groschen Provision abgeschrieben wurden. Dieses Gelegenheitsgeschäft betrachtet das Gericht zwar als eine Vertragserleichterung, hält es aber nicht für ausreichend zur Entlassung. Vorbehaltlich

Der Inhaber der Firma Hoelzig schrieb an den Reisenden und Ingenieur Fritz Wusch, der für die Firma in Chemnitz auf Reisen war, einen Brief. Darin machte er ihm Mitteilung von der Behauptung eines Angekündigten, er (B.) wäre eine Eisenbahnsfahrt in seiner Speisenberechnung nach der 2. Wagenklasse berechnet, obwohl er nur 3. Klasse gefahren sei. Hinterher überlegte sich der Prinzipal die Sache und beschloß, diesen Brief nicht abzusenden. Da er aber schon zur Post gebracht worden war, telegraphierte er nach Chemnitz, der Brief sollte dem Utreffschen nicht ausgeduldigt werden. Auch das war zu spät. Der Reisende fühlte sich durch

werden, auch das war gut zu tun. Der Reisende räumte auf, dass dieser Vorwurf verlegt und entworfene mit einem Briefe, in dem er die sofortige Lösung des Dienstverhältnisses anstünbigte. Einige Tage darauf schrieb er einen weiteren Brief, wozin er sich der Firma wieder zur Verfügung stellte, wenn der Prinzipal den Vorwurf zurückzunehme. Der Prinzipal nahm auch alles zurück und gab dem Reisenden Order, in das Geschäft zur Weiterarbeit zurückzukehren. Der Reisende kam auch, verlangte aber vor seinem Wiedereintritt vom Prinzipal eine Unterredung unter vier Augen. Aus bestimmten Gründen lehnte der Prinzipal die Unterredung unter vier Augen ab. Der Reisende ging nicht wieder an und verlangt 250 M. Gehaltsentschädigung für Monat November. Er wird mit seiner Klage abgewiesen. Die Worte: „Wie ich erhoffe, sind Sie S. Kasse gefahren“, seien keine Beleidigung, sondern in Wahrung berechtigter Interessen geschrieben worden. Zu der Rorderung, den Prinzipal unter vier Augen zu sprechen, hatte er seine Berechtigung. Der Kläger hat milhen seine Stellung am 7. November selbst aufgegeben. (Vorwiegend: Obergewerberichter Stübing, Prinzipals-Beisitzer: Subdirektor Vollmer und Direktor Höhner. Angestellten-Beisitzer: Reisender Wang und Vogerist Beusel.)

Aus der Umgebung

Blasewitz. Man schreibt uns: An der diesjährigen Gemeinderatswahl am 3. Dezember beteiligten wir uns zum erstenmal. Von den abgegebenen ungültigen (an die Wohl der Wähler fälligen) hatten wir und nicht beteiligte Stimmen erzielt die sogenannte „Freie Wahlvereinigung“ 236—310, während auf unsere Kandidaten 41—44 Stimmen entfielen. Die „Vereinigung“ hatte natürlich schon wochenlang ihre Anhänger, Freunde &c. Professorer, Rentner, Regierungsräte, nicht mehr anwesende Bürgermeister usw. darunter auch ein paar Postbeamte, beworben. Der Grundbesitzerverein, der sonst die Wahlen macht, wußte sich vor diesen Honorarklönen bewegen, und vor Steiger bestrebt zu ziehen. Die stets öffentlich gewesene Stimmengewährung gehörte nun zunehmend. Oder wegen der zum erstenmal auf dem Blatt erscheinenden Sozialdemokratie? Es wurde von den politisch reichlichen Genossen lebhafte Protest erhoben. Einer von ihnen aufgestellten Kandidaten erreichte wenigstens, daß der Post- und Protokoll penitent wurde. An der Sache ändert dies nichts, aber wir werden unsern Gegnern zeigen, daß wir gewonnen haben immer weiter vordringen, und es liegt nur an der Weisheit von Blasewitz, durch energisches Eintritt für die Sozialdemokratie, zahlreichen Besuch der Versammlungen, vor allen die durch Halten der Dresdner Volkszeitung zu bewirken, daß die Seiten nicht mehr fern sind, wo sich die bis dahin so kalte Gussei von Blasewitz dem fahnen Jungling Sozialdemokratie hängt.

Obergörbitz. Gemeinderatswahl am 6. Dezember für die Klasse der Umanstiftungen. Stimmberedigtheit Wähler 108. Abgegebene gültige Stimmen 49. Für den Genossen Gustav Eng. Maurer, wurden 48 Stimmen abgegeben. Eine Stimme nicht der Gegner, Schlossermeister Müller. Die Genossen haben trotz wiederholter Aufforderung nicht für nötig gefunden, ihr Wahlrecht auszuüben, denn es haben nicht einmal 30 Prozen-

Potschappel. Die Bombastus-Werke, über die das Redig-
versfahren eröffnet worden war, sind aus der Konkursmasse ab-
gelöst worden. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist
das Unternehmen weiterführbar.

Bühlau. Bei der gestrigen Gemeinversammlung

wurden in der Klasse der Anhänger (316 Wahlberechtigte) insgesamt 161 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurden 14 vom Käthe mit 158, Wehnert mit 158, Rothe mit 158, Schmid mit 159, Brünig mit 96, Illgen mit 160, Eigmann mit 94, Förmann mit 81, Lange mit 88 Stimmen. In der Klasse der Anhänger (335 Wahlberechtigte) machten 157 Wähler von den Stimmrechte Gebrauch. Hier wurden der Großen Kümmel mit 123 und Rießle mit 121 Stimmen gewählt. Als Erstplatzierte erhielten die Genossen Thell und Käthe die meisten Stimmen, während die Stimmzettel der Gegenpartei – Evangelische Arbeiterverein, Militärverein usw. — vom Wahlvorsitz ungültig erklärt wurden, da aus ihnen nicht mit Sicherheit hervorgegang, ob die Kandidaten als Amtsinhaberpersonen vorstellige Jungierten sollten. Die von unseren Genossen erzielte Stimmenzahl ist die größte, die bisher bei Gemeindewahlen in Bühlern sich auf unsere Partei bezieht.

Niederpesterwitz. Die diesjährigen Ergänzungswahlen im Gemeinderat finden Sonntag den 27. Dezember ab neun bis 1-4 Uhr im Vergleser statt. Die Wählerliste liegt dann vom 5. bis 19. Dezember zur Einsicht aus und am 20. Dezember bis zum 11. Dezember beim Gemeindevorstand zu erheben. Es verblieben die Wählerliste einzusehen!

liche Gemeinderatsbildung im Vorjahr statt. Die Wahlen waren zahlreich erschienen.

Nieberseblig. Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt hatte sich in seiner letzten Sitzung mit den Einsprüchen des Staatsrates Maß, Wunderbold und Künckel gegen die Wahlkandidaten zum Gemeinderat zu beschäftigen. Am 21. November haben hier die Gemeinderäte darüber bestimmt, daß nachdem vom 2. bis 16. November die Wahlkandidaten zur öffentlichen Einsicht ausgestellt worden waren, in die Liste müssen die drei Personen nicht aufgenommen werden, weil sie nach Einsicht des Gemeinderates als Mitinhaber einer offenen Handelsgesellschaft als juristische Personen angesehen sind, die nicht wählen und deshalb auch nicht in die Wählerliste eingetragen werden können. § 48 der Kreisordnung und Gemeindeordnung schreibt nun vor, daß Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerliste innerhalb seien Tages nach erfolgter Auslegung eingereicht werden müssen. Dicht frist habe die drei jedoch verstreichen lassen, trotzdem behaupten sie, daß das Rechtsmittel der Erfolg nicht erfragt werden dürfe, weil sie dem gegenüber der Gemeinderat einer Täuschung schuldig gemacht sei. Deshalb sei der Verwaltungshalt für nichts zu erläutern, die Liste zu verbrennen. Die Täuschung wird darin erklös, daß im Bezug ein Herr Unterlein, der ebenfalls Mitinhaber einer offenen Handelsgesellschaft ist, wegen seiner Nichtausnahme in die Wählerliste rechtzeitig Einspruch erhoben hat. Darauf habe die Amtshauptmannschaft entschieden, daß Mitinhaber offener Handelsgesellschaften juristischen Personen sind und in die Wählerliste aufgenommen werden müssen. Diese Entscheidung habe ihnen der Gemeinderat verheimlicht und sich dadurch einer Täuschung schuldig gemacht. Der Referent Bezirksausschuss v. d. Planis bemerkte hierzu, daß die Einsprüche trotzdem zurückgewiesen werden müssten, denn die vorgenommene Entscheidung hende nur die Parteien und für den jünglichen Streitgegenstand. Die Entscheidung sei nicht so ausdrücklich, daß der Gemeinderat durch sie nun auch für alle zuständig sei, gebunden ist. Unterlein sei deshalb erst am letzten Tage in die Wählerliste aufgenommen worden, weil er erst an diesem Tage die Liste eingesehen habe. Nach alledem hätten sie sich die Sitzungen selbst ausgeschrieben, wenn sie nicht aufgenommen werden würden. In der Debatte wurde das Verfahren des Gemeinderates ganz entschieden verurteilt. Wenn der Gemeinderat auch in formeller Beziehung Recht haben möge, so wäre es doch leichter gewesen, jenseits Entscheidung auch auf die übrigen offenen Handelsgesellschaften einzugehen, weil die Liste schon geschlossen und eine Änderung ausschließen deshalb unmöglich ist. Im übrigen soll aber Gelehrtes benommen werden, den Gemeinderat darauf hinzuweisen, daß in Zukunft die offenen Handelsgesellschaften in die Wählerliste auf-

Gedenken. Sonntag fand die Wahl des unanständigen Ver-
treter der zweiten Klasse und des Erichmannes statt. Unter den
Kandidaten Wieg Richter, der an Stelle unseres früheren aufgestellten
Vertreters Oswald Möller (der auf eine Wiederwahl verzichtet
hatte) aufgestellt war, erhielt von 171 abgegebenen Stimmen 108.
Der Erichmann August Kießlich erhielt 163 Stimmen. Gegner
waren keine aufgestellt. Stimmberechtigt waren 423 Wähler.
Würgeln. Bei der gestern Sonntag stattfindenden Ver-
treterwahl der unanständigen Klasse fielen unter Kandidaten ein
großer Stimmengang. Von den 622 Stimmberechtigten gaben 340.
Unter Kandidaten, die Genossen Conrad als Vertreter wählen
wollten als Erichmann, erhielten 277 und 274 Stimmen. Die
Gegner, die bei dieser Wahl alles aufgeboten hatten, unterlagen
mit 64 und 61 Stimmen. Ganz besonders sei bemerkt, daß Herr
Baumleiter Dommeler mit seinem aufgestellten Wähler einen hohen
Sieg errungen hat.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung. Sonnabend den 5. Dezember, vormitig 11 Uhr.
Am Sonntagsäste: Schadow, v. Tippich, Dernburg,
v. Riebecking, v. Behrmann-Hollweg, v. Schön,
Günz.

Auf der Tagesordnung steht die erste Sitzung des Staats und Beamtenbefreiungsgesetzes, sowie eines Nachtragsgesetzes für das ostasiatische Marine-Dienstbeamte.

Reichsgerichtsrechtsrat Schadow: Das diesjährige Haushalt ist sehr merklich. (Allgemeine Zustimmung.) Das Jahr 1907 schließt mit einem Defizit von nahezu 14 Millionen ab, obwohl die Zolle eine Mehreinnahme von 44 Millionen ergeben haben. Dafür sind die Ruhstätteneuer um 12, die Erbschaftsteuer um 9 Millionen unter dem Voranfang zurückgeblieben. Das laufende Jahr wird erwartlich mit einem Rechtesdefizit von 112 Millionen Mark abschließen. (Hört, hört!) Allein bei den Zöllen beträgt die Windbörse 7 Millionen Mark. Anfolge des Flottengesetzes sind die Ausgaben für die Marine erheblich gestiegen. Gegenüber hat der Erlös des Reichsgerichts-Ersparnis durch Vereinfachung des Beamtenpaletes, Vermeidung überflüssiger Arbeit, Verwendung mittlerer statt höherer und unterer statt mittlerer Beamten ermöglicht und soll auf diesem Wege fortgeschritten werden. Auch der Staat ist vom Beispiel der Sparfamilie beeindruckt.

Rebner wendet sich den einzelnen Etais zu. Erstens ist das Bild des Militärdiensts, der zum erstenmal seit 10 Jahren niedriger ist als der vorjährige. An den beweisenen Ausgaben ließ sich ja nichts sparen, aber an den einmaligen Ausgaben sind 28 Millionen Mark gespart. Am Marinestat ist lediglich nichts sparen; dafür geht der Kolonialstaat eine Ruhstättenebene von 18½ Millionen an zuholen für die Schwabegüte auf. Die Südwestafrikanische Bevölkerung ist um 1400 Mann vermindert. Die Wehrausgabe des Reichsgerichts von 29 Millionen Mark rückt von der bestehenden Ausprägung neuer Silbermünzen her. Der außerordentliche Staat entschlägt statt 280 Millionen des Vorjahrs nur 206 Millionen Mark ansehne. Die Matrikelarbeitskosten sinkt auf 426 Millionen Mark anzuwachsen. Wie diese Quoten begabt werden wird, steht dahin. (Hört, hört!)

Rebner geht nunmehr zum Befreiungsgesetz über. Die höheren Beamten werden nur in Ausnahmefällen aufgefordert, die unteren und mittleren Beamten um Verträge bis zu 200 M. Auf die unteren Beamten entfallen 82½ Proz., auf die mittleren 42½ Prozent, auf die höheren nur 4 Proz. der gesamten Erfahrungssumme. Eine Erhöhung der Mannschaftslöhne für Heer und Marine ist beschließbar. Bei den Wohnungsgeldzuschüssen kommen nicht die ganzen Teuerungsverhältnisse, sondern lediglich die Höhe der Kosten zugrunde gelegt werden. Eine Differenzierung zwischen verheirateten und unverheirateten Beamten empfiehlt sich nicht. Als Heiratsrente dürfte ein höherer Wohnungsgeldzuschuss doch zu niedrig sein. (Große Heiterkeit.) Das Wohnungsgeld soll nicht ein Erfolg, sondern nur ein Aufschub zur Wiese sein. Im ganzen betragen die Erhöhungen der Gehälter und Wohnungsgeldzuschüsse, der Zuwendungen und Pensionen 81 Millionen Mark und dürften sich bis 1913 auf 100 Millionen steigern. Die Erhöhung der Mannschaftslöhne ist dabei nicht mitgerechnet. Das Heer ist seinen Beamten gegenüber durchaus nicht faulig. Über hauptsächlich kann man doch nicht die Beamten auf Kosten der übrigen Bevölkerung begünstigen. Man darf nicht vergessen, daß die Beamten von den Schwankungen der Konjunktur abhängig sind. — Der Staat ist ohne Rücksicht auf Reichsfinanzreform und Beamtenverlagerung aufgestellt. Werden die beiden Vorlagen angenommen, so lassen sie sich leicht in den Staat einarbeiten.

Abg. Speck (Benz): Nach den schönen Worten von der Sparfamilie hätten wir größere Absicht erwartet. (Sehr richtig! im Sten.) Durch künstliche Mittel hat man die Ausgaben in diesem Jahr herabgedrückt; sonst wäre der Staat noch ungünstiger aus. So ist man z. B. ohne jeden ethischen Grund die Säige der Naturalversorgung beim Heer niedriger angelegt als bei der Marine. Die Folge dieser Sparfamilie werden neue Haftüberschreitungen sein. (Wollfach! Sehr richtig!) Man könnte sparen, wenn man bei Beleidigungen nicht gewisse Monopolfirmen bevorzugt. — Mit dem Flottenausfall sollte man etwas langfristiger vorgehen. Gedauerlicherweise hat unsere Regierung kein Entgegenkommen gezeigt, also von unserer Seite eine Einschränkung der Flottenausstattung nahegelegt wurde. (Auffassung d. Soz. u. d. Benz.) Eine Verlangsamung des Schiffbaus würde einen sehr günstigen Einstand auf das Ausland machen. — Wir freuen uns über den günstigen Kolonialstaat und über die Herabminderung der Schutztruppe, halten aber eine weitere Herabminderung für sehr wohl möglich. — Es ist bedauerlich, daß man das ostasiatische Marinebetriebsamt als dauernde Verpflichtung der Besatzung von Kinaforschau betrachtet, während alle anderen Staaten ihre Besitzungen in Ostasien reduzierten oder ganz aufzugeben. Die Zurückziehung unserer Truppen, die bei ernsthaften Verhandlungen doch nicht nützen können, würde unsre Situation in Ostasien nur erleichtern. (Sehr richtig! Benz. u. b. d. Soz.)

Unsere großen Betriebsverwaltungen arbeiten ungünstig. Man sollte an Erhöhung der Gehälter für das Telefon denken, das so wie so dem gleichen Satz gar nicht genügt kommt. Die Reichsbahnbahnen sollten billigeren Schienenverkauf denken, zumal die Produkte aus Ausland billiger verlaufen als aus Land. Rebner bestätigt, daß eine neue hohe Anleihe nötig ist. Der Bevölkerung an der Weltausstellung in Brüssel werden wir zusimmen, wenn der vorliegende Plan vor Rathforderungen steht. Daß der Fonds zur Binnen- und Außenförderung keinen Zweck nicht erfüllt wird, darauf werden wir bestehen. (Der Reichsgerichtsstaat ist hier am Boden betroffen.) Daß in der Tantienteuer ein Rücksprung eingetreten, bedeutet eigentlich die Bemerkung des Abg. Schröder, daß die beliegenden Alassen so gerne Sternen gäben. (Große Heiterkeit!) Die Gehälter der unteren und mittleren Beamten wollen wir aufgefordert sehen, wobei wir aber über den Gesamtbetrag von 100 Millionen nicht hinausgehen.

In der Bedeutung 1907 ist im Kapitel 5 eine Windereinnahme von 5 Pr. verzeichnet. (Heiterkeit!) Diese läßliche Genugtuung wird auf die beiden Interpellationen zum Vereinsgesetz nicht eingehen, obwohl zugesehen sei, daß Mitglieder sogar Gesetzesverletzungen vorgenommen. (Hört, hört! links.) Daß der Staat der zweijährigen Dienstzeit bei der Artillerie teilen will, den Standpunkt der Militärdienstverwaltung. (Hört, hört! links.) Die Deute werden ein drittes Jahr gebraucht, um die jungen Recommanden einzuteilen. Der Moment ist ungeeignet zu großen Erfahrungen beim Militär. (Sehr richtig! rechts.) Zum Kolonialstaat übergegangen, bestätigt Rebner die Amtsvorlesung des Lords Roberts als Thematik. Eine Festlegung des gegenwärtigen Flottenbestandes würde jedoch eine Kapitulation vor England bedeuten. Wir brauen, daß unsere Flotte ständig zu verstehen ist. Wir stehen auf dem Boden des Flottengesetzes und trumen weiter dem Admiral Galien auf beispielhaftes, noch dem Flottenvorstand auf beispielhaftes Tempo unseres Flottenbaus bei. Wir würden indessen, daß an den Bau der großen Apps herangegangen und den Ausland gegenüber sein Schwanken gezeigt wird. (Sehr richtig! rechts.) Der amerikanisch-japanische Vertrag ist das Resultat des mächtigen amerikanischen Flottenantriebs, welches den Japanern imponierte und sich somit als Friedensinstrument bewährt hat.

Was den Kolonialstaat anbelangt, so müssen wir von Dernburg, daß Deutsch-Südwestafrika wieder von ungeahnter Ausbildung erhält. (Sehr richtig! rechts.)

(Hört, hört! rechts und bei den Soz.) Rebner hält die Regierung, dem kolonialen Schulwesen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die uns empfohlene Sparfamilie verzögert sich jedoch mit den vielen Kosten. Für die ist jetzt nicht die Zeit. Das gute Beispiel muß von oben gegeben werden. Der Jubel auf den Straßen ist nicht immer ernst zu nehmen. (Sehr wahr!) Im Ausvoiring kann empfohlen es sich, einen Direktorposten zu schaffen, da das Ausvoiring des Herrn v. Hollstein ein id. weiter Verlust ist und der Unterstaatssekretär zu dauernder Berichtigung des Staatssekretärs sich nicht eignet. Ein Direktor wäre vielleicht der ruhige Pol in der Erfindungen Stadt. (Heiterkeit.) Die periodische Überprüfung des Ausvoiring für auswärtige Angelegenheiten könnte bieiben zu einer unangenehmen Kontrollierung des Reichskanzlers führen. Überdies bei den Vorfällen der letzten Zeit hat sie kein zu Rückhaltung gedient. In der Maroltfrage erforderte die ganze Vertretung der deutschen Interessen durch die Regierung, die durch keinen gegenwärtigen Charakter ist, sogar der Vormarsch hat das erkannt. (Hört, hört!) In der Colabianca-Affäre ist der Staat, die Angelegenheit dem Schiedsgericht zu unterbreiten, von Deutschland mit gemacht worden. In der Orientpolitik haben wir Hess gebilligt, daß die deutsche Politik für die Integrität der Türkei eintritt, allerdings kann es nicht unsere Aufgabe sein, daß absolutistische Regierung aufrecht zu erhalten, wir können deshalb die Konstitution der Türkei zu rüsten, obwohl zuweisen ist, daß wir durch die neuen Verträge nicht länger geschädigt wurden. Ich scheine nämlich, daß unsere Sympathie dem neuen Regime nicht so sehr bekannt gegeben wurde, wie es leidens Englands und Frankreichs geschah. (Hört, hört!) Unter Voßkraut war von Kolonialpfeil abweichen, aber das Erstaunliche war, daß er nicht sofort zurückkehrte. Auch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annexionsansprüche und der Herzogswahl sind uns unerichtet, obwohl jeder Revier nach Voßkraut leben konnte, was bevorstand. Die internationale Lage erfordert heute ein besonderes Maß diplomatischer Geduldlichkeit. Es vollzieht sich eine Neuorientierung der Städte. Mit einem Schritt der Bündnisse trogt England ein System der Unruhe in die Welt. (Sehr richtig!) Auch Italien wird durch wirtschaftliche Gefahren von Russland getroffen, ebenso wie es bei Frankreich war. Wir müssen unsere volle Aufmerksamkeit der auswärtigen Politik widmen. Ich bin der Ansicht, dass die Community, welche in diesem Hause in den letzten Tagen in Bezug auf die innere Politik geherrscht hat, und auch die Gewalte bietet, daß das deutsche Volk in jeder Lage, die ihm von außen droht, einsatzbereit ist. (Lebhafte Stellung.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Eine Quelle unseres Finanzproblems sind unweigerlich die ungemeinen Ansprüchen des Militärs, Marine und Kolonial-Exek. Eine Position ist hier vorhanden, die auch wir mit Freuden bearbeiten, die Erhöhung des Goldes unter Soldaten. Die vielgerühmte Sparfamilie scheint an verfehlter Stelle gründet worden zu sein, nämlich in den Befreiungsvorlagen in Bezug auf die am schlechtesten gestellten unteren und mittleren Beamten. Schlecht ist es mit dieser hohen Wohnungsgeldzuschuss doch zu niedrig sein. (Große Heiterkeit.) Das Wohnungsgeld soll nicht ein Erfolg, sondern nur ein Aufschub zur Wiese sein. Im ganzen betragen die Erhöhungen der Gehälter und Wohnungsgeldzuschüsse, der Zuwendungen und Pensionen 81 Millionen Mark und dürften sich bis 1913 auf 100 Millionen steigern. Die Erhöhung der Mannschaftslöhne ist dabei nicht mitgerechnet. Das Heer ist seinen Beamten gegenüber durchaus nicht faulig. Über hauptsächlich kann man doch nicht die Beamten auf Kosten der übrigen Bevölkerung begünstigen. Man darf nicht vergessen, daß die Beamten von den Schwankungen der Konjunktur abhängig sind. — Der Staat ist ohne Rücksicht auf Reichsfinanzreform und Beamtenverlagerung aufgestellt. Werden die beiden Vorlagen angenommen, so lassen sie sich leicht in den Staat einarbeiten.

Abg. Speck (Benz.): Nach den schönen Worten von der Sparfamilie hätten wir größere Absicht erwartet. (Sehr richtig! im Sten.) Durch künstliche Mittel hat man die Ausgaben in diesem Jahr herabgedrückt; sonst wäre der Staat noch ungünstiger aus. So ist man z. B. ohne jeden ethischen Grund die Säige der Naturalversorgung beim Heer niedriger angelegt als bei der Marine. Die Folge dieser Sparfamilie werden neue Haftüberschreitungen sein. (Wollfach! Sehr richtig!) Man könnte sparen, wenn man bei Beleidigungen nicht gewisse Monopolfirmen bevorzugt. — Mit dem Flottenausfall sollte man etwas langfristiger vorgehen. Gedauerlicherweise hat unsere Regierung kein Entgegenkommen gezeigt, also von unserer Seite eine Einschränkung der Flottenausstattung nahegelegt wurde. (Auffassung d. Soz. u. d. Benz.) Eine Verlangsamung des Schiffbaus würde einen sehr günstigen Einstand auf das Ausland machen. — Wir freuen uns über den günstigen Kolonialstaat und über die Herabminderung der Schutztruppe, halten aber eine weitere Herabminderung für sehr wohl möglich. — Es ist bedauerlich, daß man das ostasiatische Marinebetriebsamt als dauernde Verpflichtung der Besatzung von Kinaforschau betrachtet, während alle anderen Staaten ihre Besitzungen in Ostasien reduzierten oder ganz aufzugeben. Die Zurückziehung unserer Truppen, die bei ernsthaften Verhandlungen doch nicht nützen können, würde unsre Situation in Ostasien nur erleichtern. (Sehr richtig! Benz. u. b. d. Soz.)

Unsere großen Betriebsverwaltungen arbeiten ungünstig. Man sollte an Erhöhung der Gehälter für das Telefon denken, das so wie so dem gleichen Satz gar nicht genügt kommt. Die Reichsbahnbahnen sollten billigeren Schienenverkauf denken, zumal die Produkte aus Ausland billiger verlaufen als aus Land. Rebner bestätigt, daß eine neue hohe Anleihe nötig ist. Der Bevölkerung an der Weltausstellung in Brüssel werden wir zusimmen, wenn der vorliegende Plan vor Rathforderungen steht. Daß der Fonds zur Binnen- und Außenförderung keinen Zweck nicht erfüllt wird, darauf werden wir bestehen. (Der Reichsgerichtsstaat ist hier am Boden betroffen.) Daß in der Tantienteuer ein Rücksprung eingetreten, bedeutet eigentlich die Bemerkung des Abg. Schröder, daß die beliegenden Alassen so gerne Sternen gäben. (Große Heiterkeit!) Die Gehälter der unteren und mittleren Beamten wollen wir aufgefordert sehen, wobei wir aber über den Gesamtbetrag von 100 Millionen nicht hinausgehen.

In der Bedeutung 1907 ist im Kapitel 5 eine Windereinnahme von 5 Pr. verzeichnet. (Heiterkeit!) Diese läßliche Genugtuung wird auf die beiden Interpellationen zum Vereinsgesetz nicht eingehen, obwohl zugesehen sei, daß Mitglieder sogar Gesetzesverletzungen vorgenommen. (Hört, hört! links.) Daß der Staat der zweijährigen Dienstzeit bei der Artillerie teilen will, den Standpunkt der Militärdienstverwaltung. (Hört, hört! links.) Die Deute werden ein drittes Jahr gebraucht, um die jungen Recommanden einzuteilen. Der Moment ist ungeeignet zu großen Erfahrungen beim Militär. (Sehr richtig! rechts.) Zum Kolonialstaat übergegangen, bestätigt Rebner die Amtsvorlesung des Lords Roberts als Thematik. Eine Festlegung des gegenwärtigen Flottenbestandes würde jedoch eine Kapitulation vor England bedeuten. Wir brauen, daß unsere Flotte ständig zu verstehen ist. Wir stehen auf dem Boden des Flottengesetzes und trumen weiter dem Admiral Galien auf beispielhaftes, noch dem Flottenvorstand auf beispielhaftes Tempo unseres Flottenbaus bei. Wir würden indessen, daß an den Bau der großen Apps herangegangen und den Ausland gegenüber sein Schwanken gezeigt wird. (Sehr richtig! rechts.) Der amerikanisch-japanische Vertrag ist das Resultat des mächtigen amerikanischen Flottenantriebs, welches den Japanern imponierte und sich somit als Friedensinstrument bewährt hat.

Was den Kolonialstaat anbelangt, so müssen wir von Dernburg,

Freundschaft und Menschenliebe befürworten. (Lebhafte Stellung.) Das wäre ein schönes Bild für die Verbesserung der Volker. (Abg. Speck.) Ein schönes Bild an Stelle der französischen Fahne da oben. (Zustimmung links, Nurke rechts.) Unter Verhältnis mit Amerika ist verschoben werden durch die Tower-Hill-Affäre, unter Verhältnis zu England durch die Briefe an Lord Tweedmouth und weiter durch die im Telegraph veröffentlichten Kundgebungen. Wie kann sich Herr Voßkraut da wundern, wenn Lord Roberts die Errichtung eines feindlichen Heeres für England verlangt. Ich bedaure, daß man in England auf solche Gedanken kommt, aber erklärlich ist es. Sind doch hier Reden zur Förderung der Flotte im Hinblick auf England gehalten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Deshalb ist Erneuerung über das Ausland nicht angebracht. Vielmehr geschieht in Deutschland alles, um das Ausland zu verteidigen. Selbst aus bürgerlichen Kreisen hört man, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Der Legationsrat a. D. vom Rat, der zur freikonservativen Partei gehört, (Abg. Speck) gehört ebenfalls zu diesen Kreisen. Wenn man in der Flottenvermehrung eine Gefahr der deutschen Flotte sieht, so versteht man, daß England für jedes deutsche Schiff zwei neue baut, und somit jedes Schiff, das wir bauen, eine Stärke der englischen Flotte ist. Holland, das Siames und der Kuren, plant jetzt ein enges Verhältnis mit England, nicht mit Deutschland. Genau so ist die Stimmung der Volke gegen Deutschland. Als der Minister Piercyman zu einer mit Volken belegter Galerie künftig: Über mögliche Gewalt in der Flottenvermehrung eine Gefahr leben? wurde dies mit lärmischer Entzückung abgelehnt. Auch Rusland, dem wir johanna Freundschaftsdiene erweisen haben, freilich im roten Polizeidienste, ist jetzt in ein engeres Verhältnis zu England gewesen.

Herr Voßkraut hätte bei seinen Ausführungen über den Dreikönig auch die Neuverträge Giulini anzuhören sollen, daß Italien nach Ablauf des Dreikönig Annexionierung an Russland, Frankreich und England suchen müsse. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch den letzten Moblauer, Österreich, werden wir bald als Bündnisgegnern verlieren, wenn man die Slaven in Deutschland weiter so behandelt wie jetzt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Expreß in Prag verurteilten wir ebenso wie die Expreß in Deutschland. Die Ursache als die der nationalistischen Expreß liegt darin, daß man das Volk inzwischen in Unzufriedenheit hält. Es sind auch nicht nur Ausführungen gegen die Deutschen begangen, sondern auch deutsche Studenten haben in brutalster Weise ausländische belästigt.

All diese Ereignisse erwecken den Eindruck, als ob es sich um eine Wiederholung der Herausforderung handelt. Barnhagen v. Ense lobt darüber im Februar 1848: „Preußen steht in Europa ganz isoliert und ebenso isoliert in der Akademie in der Regierung.“ Im September 1851 schreibt er: „Selen mög ein Fürst so allgemein misachtet, veracht, verdröhnt gemein sein, vornehm und gering steht ihm als Vorsitzender.“

Ich komme nun zur inneren Politik. In dieser erleben wir dieselben Ungerechtigkeiten wie bei der auswärtigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich erinnere an den Fall Schäferling, an die Wahlregelung von Leitern, p. B. eines, der in einem Arbeiterverein über Südländern verfügt, und zwar ist es nicht für den Sozialdemokraten, sondern aber nicht für den Antikenfreund stimmen kann. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein anderer fröhlicher Redner wurde ziemlich regelhaft gesagt, weil er erklärt bat, in der Stichwahl wolle er nicht für den Sozialdemokraten, sondern aber nicht für den Antikenfreund stimmen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Weider Unterschied liegt ferner in der Bevölkerung Eilenburgs und Liebenwerda, mein Freund Liebenwerda möge mir verzeihen, daß ich ihn in einem Item mit seinem „Adels“ und „Bürgern“ nenne. (Sünn. Zustimmung bei den Soz.) Möge man alte fränkische Angelotien so rücksichtsvoll behandeln wie den Fürsten Eilenburg, und dieser auch den Fürsten Dobno-Schönwitz „verlogen“ und „Aber“ genannt hat, war das Haupt der Karolinger! Er fährt im Automobil nach Liebenwerda, aber Liebenwerda abgeblieben, um sein Mandat auszuüben. (Hört, hört! b. d. Soz.)

In der Hera des Stocherpolitik haben auch die unerhörten Polizeiwillen immer mehr zugewonnen. Einem gespanntesten Deutschen, namentlich Siebermann, der mit einem gefährlichen Paket in Seidenhartern Wartburg reisen will, reicht ein Polizist nach und denunziert ihn bei russischen Polizei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Über die Verhandlungen berichtet die Reform der Krantenvorlesung, die ergeben haben, daß alle Behauptungen über Mißbrauch der Krantenvorlesung durch Sozialdemokraten unwahr sind, sollte ein historographischer Bericht herausgegeben werden. Das Arbeitsgericht genügt absolut nicht unseren Ansprüchen. Gegen die Arbeiterorganisationen verüben die Unternehmer jetzt brutaler vorzugehen als dem Sozialstaat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Beide sind in der Bevölkerung der Krantenvorlesung durch Sozialdemokraten unverantwortlich.

Die Ermittlung habe früher kommen sollen, dann hätten die Arbeiter sich die Streikdemonstrationen vornehmen können. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit der Möglichkeit ist es, daß der Zentralverband deutscher Industrieller mit Erfolg festgestellt hat, daß unter Voßkraut-Hollweg die Siedlung zwischen ihm und dem Reichsamt des Innern wieder hergestellt ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Über die Verhandlungen berichtet die Reform der Krantenvorlesung, die ergeben haben, daß alle Behauptungen über Mißbrauch der Krantenvorlesung durch Sozialdemokraten unwahr sind, sollte ein historographischer Bericht herausgegeben werden. Das Arbeitsgericht genügt absolut nicht unseren Ansprüchen. Gegen die Arbeiterorganisationen verüben die Unternehmer jetzt brutaler vorzugehen als dem Sozialstaat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Beide sind in der Bevölkerung der Krantenvorlesung durch Sozialdemokraten unverantwortlich.

Darauf verzog das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. Schluss 5 Uhr.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ein Sittenbild aus der Schule. Vor der 5. Strafammer hatte sich der Schulrichter August Ritter Richter, 1870 in Dresden geboren, wegen Verdrehens nach § 176, 3 (unmittelbare Handlungen mit Personen unter 14 Jahren) zu verantworten. Richter, verheiratet und Vater von sieben Kindern, ist seit Jahren Lehrer an der Schule in Radebeul. Er soll mit einer Schülerin Umgang pflegte haben, die deren Schwangerschaft zur Folge hatte. Die Begegnung genügt absolut nicht inneren Ansprüchen. Gegen die Arbeiterorganisationen verüben die Unternehmer jetzt brutaler vorzugehen als dem Sozialstaat. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Teut. Richter und der Vorsitzende der Schiedsgerichte zur Folge hatte. Die Begegnung genügt absolut nicht inneren Ansprüchen. Gegen die Arbeiterorganisationen verüben die Unternehmer jetzt brutaler vorzugehen als dem Sozialstaat. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Briefkasten.

S. Unterarbeiter. Infolge einer Gewerkschaftsnot und nach Rücksicht mit ihrer Gewerkschaft hat sich Ihr Gericht erledigt.

Berallungskalender für Dienstag.
Deut. Werkarbeiterverband. Berallungskalender Dresden u. Dresd. Oeffentl. Berallung in Innermanns Galathäus in Dresden. Sozialdem. Verein Trebbin-Althof. Abends 9 Uhr Diskussionsabend der Frauen im Volkshaus.

— Victoria-Salon. —
26 Waisenhausstrasse 28.
Das neue grosse Weihnachts-Programm.
Einkauf 2½ Uhr. Anfang 3 Uhr. Sonntags 4 Uhr u. 8 Uhr.
Im Tunnel-Kabarett: **Neues Ensemble.** Mittwoch 10 Uhr.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1907.

SSC. Auch unsere größte deutsche Gewerkschaft hat im letzten Jahre unter den Wirkungen der wirtschaftlichen Depression zu leiden gehabt. Es macht sich dies vor allem in einem Nachlassen der Mitgliedszunahme bemerkbar, die dem soeben erschienenen Verbandsbericht zufolge in 1907 nur 27 129 = 8,09 Prozent gegen 75 388 = 29,02 Prozent im Vorjahr und 60 788 = 20,52 Prozent in 1905 betrug. Die Fluktuation war im Berichtsjahr so groß wie nie zuvor. Es wurden 147 711 Beitritte und 12 646 Übertritte aus anderen Organisationen zusammen also 160 357 Zugänge gezeigt, denen jedoch 198 228 Abtritte gegenüberstanden, so dass also 88 Prozent des Mitgliederzugangs durch Ausritte wieder verloren gingen gegen nur 28 Prozent im Vorjahr. Immerhin ist es ein Erfolg für die starke Ausbildungskraft und soße Bindung der Gewerkschaft, dass sie während der Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedsstand nicht nur erhalten, sondern sogar noch zu erhöhen vermochte. Nicht ganz unrichtig haben dazu, wie der Bericht betont, die Unterstützungsinitiativen des Verbandes beigetragen.

Die Zahl der Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedschaften hat sich wieder etwas verringert, und zwar von 441 Ende 1906 auf 430 Ende 1907, was das Ergebnis von 15 Neueröffnungen und 12 Verschmelzungen ist. Die Leitung des Verbandes liegt in Händen von vier beflockten und fünf ehrenamtlich tätigen Vorstandsräten. Außerdem bestanden Ende 1907 96 Geschäftsstellen mit festangestellten Geschäftsführern. Die Gesamtzahl der Beamten betrug 1907 340 gegen 274 im Jahre 1906, welche Vermehrung in erster Linie durch die gestiegerte Arbeit, die die Gewerkschaftsunterstützung verursachte, bedingt wurde.

Etwa ebenso lebhaft wie im Vorjahr war die Kampfbewegung des Verbandes. Die Zahl der Lohnbewegungen hat im Berichtsjahr sogar noch eine Vermehrung erfahren, und zwar von 856 in 1906 auf 1067 in 1907. Dagegen ist die Zahl der an den Bewegungen beteiligten Personen von 188 001 auf 170 182 gefallen. Von diesen waren 109 280 im Metallarbeiterverband, 16 674 in anderen Verbänden, der Rest gar nicht organisiert. Im einzelnen fanden statt: 166 Streikstreiks mit 18 947 Beteiligten, 186 Abwehrstreiks mit 10 625, 48 Aussperrungen mit 23 315 und 722 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 122 295 Beteiligten. Angenommen auf Kosten aller übrigen Bewegungen sowohl in bezug auf Zahl als auf Umfang haben die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, die 1907 67,7 Prozent (1906 61,8) aller Bewegungen mit 71,0 Prozent (68,2) aller Beteiligten umfasst. Im Jahre 1904 waren die ohne Streik berührten Bewegungen erst 55,7 Prozent aller. Es ist also im Metallarbeiterverband, ungedacht seiner Energie und Kampffähigkeit, eine starke Zentrale auf Verzweigung der freien Lohnbewegungen vorhanden, was sich freilich auch aus den größeren Erfolgen dieser Kampfart erklärt. Es wurden erreicht im Jahre 1907:

Art der Bewegung	Arbeitseinstellung					Lohnunterstützung		
	Streik	Abwehrstreik	Aussperrungen	Streikstreik	Streik	Streik	Streik	Streik
Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung	113 826	69 532	206 085	3,0	69 086	95 555	1,37	
Streikstreiks	11 447	5 314	14 374	2,7	8 004	16 923	2,06	
Aussperrungen	23 315	6 536	13 758	2,1	6 417	9 494	1,48	
Zusammen	148 588	81 872	234 197	2,0	83 507	121 972	1,45	

Wie erstaunlich, war also die ohne Arbeitseinstellung erreichte Arbeitseinstellung etwa siebenmal, die erreichte Lohnunterstützung fast doppelt so groß wie die bei Kämpfen in Arbeitseinstellung erzielte. Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über den Ausgang der beschriebenen Bewegungen. Es entdeckt für die Arbeiter prozentual mit

Beweg. Art.	Voll	Teilweise	Keinem	Erfolg		
				Beweg. Art.	Voll	Teilweise
Streikstreiks	64,4	40,9	18,7	83,7	14,5	19,6
Abwehrstreiks	52,9	36,8	7,4	16,2	33,8	42,9
Aussperrungen	43,9	32,9	25,5	36,0	34,2	30,9

Mit Ausnahme der Aussperrungen waren die Ergebnisse der Lohnkämpfe für die Arbeiter im letzten Jahre trotz der ungünstigen Wirtschaftslage sogar noch günstiger als im Jahre vorher. Die Kosten der Bewegungen beliefen sich insgesamt auf 2 288 081 M., davon 758 580 auf die Hauptkasse, 484 481 auf die Lokalkassen entfielen. Auf die einzigen Stumpfarten verteilten sich diese Kosten folgendermaßen: Streikstreiks 1 041 684 M., Abwehrstreiks 467 938 M., Aussperrungen 718 707 M., Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 11 782 M. Der Verlust an Arbeitseinstellung betrug insgesamt 3 681 440 M. Allein durch die erwähnten Lohnkürze rezipierte abgelehnte Lohnabschreibungen in Höhe von 8 558 028 M. pro Jahr wurden diese Opfer bereits im ersten Jahr mehr als hergestellt. Auch der Ausbau des Kartells wurde im Jahre 1907 weiter verfolgt. Zu den Ende 1906 bestehenden 306 Kartells, die 924 Betriebe mit 82 580 Personen umfassten, kamen 1907 72 neue, sich über 800 Betriebe und 8178 Personen erstreckende hinzu.

Die Rassendekoration des Verbandes für 1907 ergab Einnahmen in der Gesamthöhe von 9 542 988 M., denen Ausgaben in Höhe von 9 461 879 M. gegenüberstehen. Der Verband stand in den Haupts- und Lokalkassen, das sich von 3 441 400 M. auf 5 608 906 M. erhöht. Von wichtigen Ausgaben seien erwähnt: Gewerkschaftsunterstützung: a) Stammfest 2 162 505 M., b) jährliche Kredite 992 821 M., Streikunterstützung 1 752 248 M., Gewerkschaftsunterstützung 805 792 M., Agitation 177 898 M., an die Verwaltungsstellen (20 Prozent der Beiträge) 1 908 582 M., Verhältnisskosten: a) persönliche 70 094 M., b) sachliche 128 092 M. Die in Stuttgart erscheinende Metallarbeiterzeitung, die einen Aufschub von 288 988 M. erforderte, hat ihre Auflage im Laufe des Jahres von 848 200 auf 880 100 Exemplare gesteigert. Sie ist der Auflage nach die größte aller von einer politischen, gewerkschaftlichen oder sonstigen Arbeitserziehung herausgegebenen Blätter.

Der Metallarbeiterverband kann mit Stolz auf die Ergebnisse des vergangenen Jahres zurückblicken, das bedeutet hat, welche gewaltige wirtschaftliche Stärke und welche Kampffähigkeit eine gut geleitete Gewerkschaft auch in den Zeiten wirtschaftlicher Not ihren Mitgliedern gewähren kann.

Island.

Ein schlimmes Streikjahr.

In der breitläufigen Verhandlung vor dem Gericht Schiedsgericht gegen sieben Gießereiarbeiter aus Geisendorf wegen Bandfeindesurkunds ergaben sich sehr widersprechende Zeugenaussagen. Von völlig einwandfreien Zeugen wurde beobachtet, dass erst nach den Schüssen des Käls — Sohn des Unternehmers — die Schlägerei begann. Ein Polizeiamtler, der die

Schüsse hörte, hat gesagt „der Hund, der geschossen habe, müsse totgeschlagen werden“. Käls selbst und die Arbeitswilligen erklärten, die Schüsse seien erst in der Notwehr abgegeben worden. In mehrzähligen Reihen wiesen die Verteidiger Landshut und Regensburg nach, dass von einem Landstreitensbruch gar keine Rede sein könne. Es handle sich um eine Schlägerei, wie sie oft vorläuft. Die Angeklagten seien erst durch die Schüsse des Käls provoziert worden. Auch die Verleugnungen der Streitberechtigten seien aus geringfügig gewesen. Hätte die Staatsanwaltschaft nicht falsch Landstreitensbruch angenommen, dann sei die Sache vors Schöffengericht gegangen und mit 6 oder 9 M. Geldstrafe geahndet worden. Der Staatsanwalt erklärte, dass die Angeklagten in vollem Umfang schuldig seien, die gemeinschaftliche Mißhandlung sei identisch mit Mordversuch. Einbringlich warnte der Staatsanwalt die Geschworenen, die von der Verteidigung gestellte Frage der gemeinsamen Körperverletzung zu bejahen, weil dann sämtliche Angeklagten mangels eines Strafantrags freigesprochen werden müssten. Obgleich die Verteidiger nochmals die Darstellung des Staatsanwalts gründlich zerstört, behaupten die Geschworenen doch die Schuldfrage nach Landstreitensbruch, mithin zwei Angeklagte zu 1 Jahr, einer zu 9 Monaten, zwei zu 7 und einer zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Von den mehr als acht Monaten Untersuchungshaft wurden einem Verurteilten 7, drei je 6 und zweien je 4 Monate angerechnet. Das Urteil erregt das größte Aufsehen.

Der Bergarbeiteraufstand im Saarrevier beigelegt.

Sonntag mittag fand eine Belegschaftsversammlung statt, die sich mit der Frage der Beendigung des Aufstandes beschäftigte. Nach den Reden mehrerer Gewerkschaftsführer wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Belegschaft bereit erklärt. Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Bergarbeiter wollen sich aufzriezen haben mit der Sicherung der Verwaltung, dass die Grubenauftakt verbessert werde, keine Maßregelungen vorgenommen und die Arbeiter, die noch streiken, nicht als kontraktübrig betrachtet werden sollen.

Verantwortlich war die Bergschaft in den Rückstand getreten, weil sie in den Einrichtungen der Grube eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Bergleute sah.

Altpreußische Sparsumme in den Gewerkschaften.

„Wer weniger verdient, aber spart, ist nützlicher für die Nation, als der, der viel verdient und viel verbraucht.“ So Silomon u. a. in älterer Zeit, bei der ersten Beratung der Reichsfinanzreform. Treffender als durch Wiedergabe dieses Satzes kann das Verhältnis der Regierung und ihres höchsten Beamten für die Lage der arbeitenden Massen überhaupt nicht charakterisiert werden. Es verhindert nur das Bild, wenn das Jammern des Ministers über die riesigen „industriellen Stürme“, die die Arbeiter im Gestalt von Gewerkschaftsbeträgen zahlen, noch mit dringend ist. Gewiss haben unsere Gewerkschaften hohe Einnahmen, aber was wird mit den wenigen Millionen geleistet? Zumal jetzt, wo es die Regierung für notwendig hält, den Arbeitern in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges Hunderte von Millionen neuer Steuern aufzubürden, lohnt es sich, diesen Vergleich zu ziehen. Im Jahre 1907 boten die 61 Zentralverbände mit rund 1 800 000 Mitgliedern eine Einnahme von 55 Millionen. Hierbei galt es an Arbeitslosenunterstützung allein 6½ Millionen. Für Maßregelungen musste eine Million aufgegeben werden. An Krankenunterstützung und Sterbehilfe wurden 4 400 000 M. ausgegeben. Und für Streiks mussten nicht weniger als 18 Millionen Pfund aufzugeben werden! Unrechte begannen jetzt immer als Nachweis für die Höhe der Einnahmen der Gewerkschaften die Jahresleistung des Verbandes der Lithographen und Steinbrüder, der mit rund 62 M. an der Spitze aller deutschen Gewerkschaften steht. Gerade die gegenwärtige Zeit der großen Arbeitslosigkeit, der Fülle von Krankheit und Elend zeigt recht deutlich, warum die Arbeiter diese Verträge getroffen haben. So gabte der Verband an Arbeitslosen- und Sterbehilfe in den ersten zwei Quartalen 1907 56 500 M. in derselben Zeit dieses Jahres dagegen 94 700 M. Für Maßregelung und Streiks wurden in denselben Zeiträumen 18 400 und 17 000 M. gezahlt. Die Krankenunterstützung erreichte die Summe von 153 000 M. gegen 128 000 M. in dem ersten halben Jahre 1907. Die Arbeiter müssen sparen, um in wirtschaftlich schlechten Zeiten sich nicht nur schützen zu können, sondern auch, um gerade in solchen Zeiten gerüstet zu sein, die Verschlechterungsverlufe der Unternehmer abzuwehren. Was tut die Regierung in solchen Zeiten? Sie gibt sich die größte Mühe, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern. So würde die Annahme der Tabaksteuer für das lithographische Gewerbe ein schwerer Schlag sein. Heute werden in den Betrieben, die sich mit der Herstellung von Tabakpäckchen usw. beschäftigen, circa 2500 bis 8000 Lithographen und Steinbrüder beschäftigt, mit allen Nebenebenen sind es 12 000 bis 15 000. Bei Erlegung der Steuer wird man zweit an den Ladungen sparen, schon jetzt finden sich Knäufe dazu. So werden die Arbeiter nicht mehr in sechs und acht Jahren hergestellt, sondern nur noch in drei Jahren; dies würde, allgemein durchgeführt, eine Verringerung der Zahl der Beschäftigten um 50 Prozent bedeuten. Dazu kommt noch die Platzaufzehr. Mit der Herstellung von Plakaten und Tafeln von Lithographen und Steinbrüdern beschäftigt. Bei Erlegung der Steuer würde z. B. ein Platz in der Größe von 60 : 100 in einer Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnern 15 Pf. kosten. Dies bedeutet bei einer Auflage von 1000 Städte eine Steuer von 150 M. Bei lithographierten Plakaten wäre dies 80 Prozent. Beim gewöhnlichen Open-Air-Kino aber 200 bis 500 Prozent. Das übertrifft die gesamten Herstellungskosten und das Wirtschaftsleben!!! Was den Arbeitern kommt, sagt hierfür das Unternehmervangel des Berufs. Das notwendigste entscheidende Überangebot von Arbeitskräften und mögliche eine erhebliche Lohnreduktion im Gefolge haben. So hilft die deutsche Regierung dem Arbeiter „weniger verdienen“, und meint vielleicht, dass es nach Willen darin auch nicht am Spaten fehlen wird.

Parteianangelegenheiten.

Gemeindewahl siegte.

Die sozialdemokratische Liste erhielt in Gräfenau bei Rudolstadt die große Mehrheit der Stimmen. Drei Menschen wurden gewählt, so dass die Gemeindeversammlung nun aus 5 Genossen und einem Bürgermeister zusammengesetzt ist.

In der Unterherrschaft haben wir eine Reihe schöner Erfolge zu verzeichnen. In den ländlichen Orten Seehausen, Görlitz, Bautzen und Borsigwalde trug unsere Liste mit großer Mehrheit durch.

In Hattendorf (Sachsen-Weimar) wurde bei der Gemeindewahl ein zweiter Sitze von uns erobert.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Eisenach in der zweiten Amtszeit beteiligten wir uns. In dem Vorort Eisen-West, einer Bausiedlung, erhielten wir 578 Stimmen, 385 mehr als 1906. Unter Gewerkschaftswahlrecht bei dieser Wahl stellt sich auf 900. Anspricht der Abmilderung von Arbeitern, die hier im letzten Jahre erfolgte, ist dies ein sehr gutes Resultat.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 7. Dezember. Ein 12-jähriger Sohn stirbt bei dem plötzlichen Bruch des Eis und der Kugel erstickt.

Genthin, 6. Dezember. In Gethin bei Elster wird der Kugelbruch, der 100 000 M. und ein Sportlokal der Kreispolizei in Berlin gestohlen.

Hannover, 6. Dezember. Ein schwere Einbrecherbruch aus der Befestigung des Harthaus durch einen Schlosser wurde.

Die Einbrecher befanden den Schlosser durch einen Spiegel, der in einer Gasse zwischen dem Harthaus und dem Schlosserhaus stand.

Möhrdorf, 6. Dezember. Nach einem tödlichen Schlag, verübt der Stellendesler Schäfer, durch Selbstmord, das er mit Petroleum übergoß und dieses anzündete.

Löwen, 6. Dezember. In Löwenburg überwältigt einen unbekannten Einbrecher nach einem roten gelben Jungen, der ihn bei der Verfolgung verlor.

Budapest, 6. Dezember. Der Besitzer des Eisenwarengeschäfts Lantos, der Präsident des österreichischen Demokratischen Klubs, wurde verhaftet, weil er auf einer Demonstration die ungarische Flagge, darunter viele Revolutionäre, aufgestellt.

Wien, 6. Dezember. Ein Soldat bei Polizei bei Polizei verlor die Waffe, während er die Waffe der Polizei hielte.

Palma, 6. Dezember. Ein Soldat bei Polizei verlor die Waffe, während er die Waffe der Polizei hielte.

Wesseling, 6. Dezember. In Wesseling kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Gewerkschaftsleiter und dem Gewerkschaftsleiter der Gewerkschaften.

Madrid, 6. Dezember. Im Camp de Madrid wurde ein Gewerkschaftsleiter der Gewerkschaften verhaftet.

Wien, 6. Dezember. In Wien wurde ein Gewerkschaftsleiter verhaftet.

Wien, 6. Dezember. Ein Gewerkschaftsleiter wurde verhaftet.

Wissenswert: Der gewerbliche Erziehungsrat hält den zweiten Tag der Versammlungen auf. Nach dem Referat von Dr. Löwen, Professor Seiffert und Professor Neumann sprachen Bezieher des Abitur, Vomologen, Hochschulreife und der benötigten Schulministeriums. Darauf der Erzählbericht Dr. Georg Reichertshofer-Münch, Sekretär Wilhelm Schäfer, Schlosser Würzburg und nachfolgende Diskussion des Ratsmitgliedes. Aber nun direkt Heute ist es, wenn sie bezeichnen, doch wir nur eine Stelle haben, die plausibel kann gezeichnet wird. Beruf- und Geschäftsführer mit dem Ratsmitgliedem der Zeit zu gemeinsamer Reistung geordneten. Zu diesem Stande muss das gut eingespielt in M. Vogelsang Bericht in Bezug erreichend und für 1.200 M. überzeugt entsprechende Spende vom Deutschen Werkbund die zweite Verleihung finden.

Steine Minstellungen Das Kultürthungsrécht der von dem Schriftsteller Wilhelm Raabe beabsichtigten Überführung der Rose steht in Berlin dem Verfassungsgericht. Von Raabe hat die Rose noch bisher Sonderbeiträge gegen die Macht gespielt. Als sie nun im kleinen Theater ihre Rolle spielen sollte, veruntreute Herr Raabe, sie werde den ihr gewidmeten Platz nicht mehr freimachen und weiterhin auf dem Bühnen stehen.

Dresdner Kalender

Königlich. Herr Gorke hatte bisher berichtet, ihre Rolle ist gut ab
noch einer anderen Überprüfung zu spielen. Als Wenzelius bis-
her nur durch den Schauspielmast. R. läßt gespielen. Dessen Be-
hälter wurde in einem Artikel der Berliner Bieg. am Mittwoch und in
einem Artikel des Berliner Tagesschreibers veröffentlicht. Das Zusam-
menge setzt 1 in Berlin bestätigt und am 18. Mai den Schauspieler des ehemaligen
Theaters, Wilhelm Kulpig, gegen Beleidigung des
Schauspielmaats R. zu 60 R. Geldstrafe. Sprach begangen den Schauspieler
Herrn Gorke nach A. T. frei. — Das Reichstagsbericht vermerkt:
Der Künstler Kulpig und ich auf die Reaktion des Schaus-
pielmaats und des Schauspielers Schauspielmaat R. den Untergang
Berlins befürchtet einen Verlust a u. l. Um diesen Unfangen wurde
die Seite ein best. Beurkundung geschafft.

Heute das Verbot des Schenken-Abends am Sonnabend den 2. September in eine Reihe Nachtmessen verkehrt haben. Sie soll den Gottesdienst in einer Feierlichkeit an die Woche als feierlich erklärt werden. Die Feierlichkeit lautet: Doch eine Feierlichkeit des Geistlichen verleiht, nachdem der Schenken-Abend am Sonntag vorher begangen worden ist, die ganze Woche ein geistliches Verdienst erfreuen. Beide Wege sind von dem Berliner Wallfahrtspfarrer weiter geschmiedet worden und sind nun durch den Bischof des Bistums bestätigt worden, der in letzter Stunde das Studium der Abend-Messete aufgefordert hat.

Verbot bei ersten Abendmahl aufzehlt. So der Aufstellung des Herrenstuhls zweiten Abends mit demselben Programm kommt er sich aber nicht entziehen, weil er die Stufen die Generalsuperession nach § 33a für erforderlich erachtet, die der Hauptstaat auch nicht bestellt. Die geordnete Versammlung der Evangelischen Kirche besteht aus Gebrauch der Predigtlesungen nicht in Frage kommen, die im vorhergehenden Jahr mit Erfolg und Unterordnung befriedigt war. Aber Würde eine Ratsig über die letzte Zugang den nachtheitigen Sittlichkeitserlass in Augen aufschaut geben, auf den Werner Dr. Weise, der durch seine Angriffe auf den Einheitsstaat Berlin die Regierung eines Ratsrats gemacht hat, die Abstimmung abtreten und folge, da hätten ihm Verantwortung gegeben, dem Kabinett der Kaiserliche die Wette zu unterstellen, solchen Verschreibungen des Genehmigung verliegen zu helfen. Endlich ist das nicht kleinen Empfehlung von dem Berliner Politikgeschichtlichen gleichzeitig, von dem Minister berichtet und möchte ebenfalls darüber und folglich nach § 33a der Generalsuperession weiter nichts tun, freigesetzte Bericht steht jetzt in demselben Raum halbjährig gewesen. Es liegt sich hier die Geltung der Verordnung fest, welches gestattet ist, daß sich zwei Abteilungen

Meine Wünsche. Das Gläserne, Rindfleisch W. Sonnenhof, bei der Wittenb. am 9. Dezember, abends 8 Uhr, in der Wittenb. Gaststätte Nr. 69. Da Weiß das Vieroc, Sonnenhof in 4 Minuten von Charlotte Bred-Strüver zu erreichen.

Neue Bücher Die Geisteszüge der Menschenheit, redigiert von Dr. J. Bloch (Auswahl編集), Berlin W. (Reitblattstrasse 121 H). Die Geisteszüge einer 14 Tage erkannten, haben jedoch den 24. Sept. 1914. Erschienenen erscheinen lassen. Aus jedem Band geben uns heraus: Max Beinhauer, Theodor Storm, Martin Heidegger, Walter Benjamin, Ernst Bloch, Rudolf Steiner, Gottlieb Duttweiler, Hermann Broch, Hans Reichenbach, Leo Baeck, etc. Einzelne und mehrere gesammelte Werke: Schopenhauer, Engels, Hegel, Nietzsche, Marx, Freud, Schleiermacher, Blaßler, Kierkegaard, Hölderlin, etc. Die Geisteszüge der Menschheit ist in 62 Bänden verstreut.

Weihnachts-Ausstellung

der Dresdner Arbeiterschaft

Hier die reihenförmige Sammlung als auch für Einzelne bietet die diejährige Ausstellung reiche Auswahl auf dem Gebiete der schönen Literatur. Auch die besten Schriftsteller des Auslandes sind in umfangreicher Auswahl vertreten. Die

Die Ausstellung findet vom 10. bis 20. Dezember im kleinen Saale der Centralhalle am Hochstr. (bei der Künste-Akademie) statt.

Vereinigung f. Weltstiftung u. Kunstpflege

Mr. 283 Dresden 7. Dezember 1908

— 10 —

Dresden 7. Dezember

1908

Eine Wasserversorgungsanlage in Australien

ATK-Bus Straßenansicht Stadt Görlitz in Realitätsbild

Bauzelle selbst in einer Sohle gebrochen, die eben und die horizontale Verengung mit den zur Verengung gehörenden mehrdeutigen Hilfsmitteln gehoben; diese drei Elemente müssen genugend klein als 0,50 Meter, und der Inhalt muss mindestens 0,50 Kubometer betragen. Schonster Wert würde auf Dauerhaftigkeit gelingen, ja auch Steine mit festen Baupräferenzen ausgewählt werden; im übrigen würden die Blöcke nach potentiellpfeifigem Standard und nur der Verengung mit einem unter drei Kubometern Raum gehenden Baupräferenz gerechnet werden. Bei der Verengung sollte machen sie möglichst festig angelegt, um zu verhindern, daß bei dem Wiederaufbau des ganzen Erdhauses mögliche Wasser entstehen. Diese jene Stützung auf den Gründungen hinüber die Steine immer so auszulegen, daß ein gehöriger Abstand zwischen ihnen besteht, durchgehende Riegel alle vermögen werden.

Die Überstandene auf dem Dorfe

Gelezen van Maria van Scherpenhof.

37

Brüderin etwa 45,8 Meter über der Blähjohle liegt und mindestens erreichbar, eine 200 Meter lange Strecke des Überausfalls hin läuft sie weiter aufwärts. Sie hierauf die Strecke des Überausfalls etwa 2 Meter über der Strecke des Überlands liegt, welche eine Überflutung des letzteren selbst bei den grössten Hochwällern ausgeschlossen sein. Das Bett der Leipzigerstrasse bedient wurde bestellt überzeugt, was für den Ortstand der geringen Flussstärke spricht.

Die Sandsteinblöcke für das Rathausmeisteramt wurden aus dem

Wieder aufzog die Stimme nach. Das war alles, was sie hörte, und es war aus. — „Mein Wunder!“ rief sie vor Überraschung aus.

„Und siehe da!“ rief sie mit einer Art von Schreckensflucht vor der Stimme, die sie hier nicht mehr hören wollte.

„Und mir mir!“ rief sie mit mir!“

Die Mutter hatte freien Platz für sie.

„Das ist doch ich selber.“ Wenn er die Freiheit noch

dem Vaterabspiel überlief — mich numbert's mir. Es gefiel ihr

die alte rede. Das Mutter half sie auch zu fallen lassen und

half aus Holz mir zu knüpfen, und den freudhaften Raum trah-

tert mir nach Spülzubau usw. ein bissel Neberant.

Was hat er denn von mir wollen? — Einem Tag, einem Abend

hatte er mir angeboten, er hätte mir noch abnehmen, wie ich ihn

fand. . . . Was hat's so gesehen, er ist der Wein mit gewohnt,

wie gleich weg von dir vorne Trocken. Der Busch, der Wohl-

hat jedesmal nicht getrunken und hat ausg'schaut wie ein

Rosa.“

Marie wußte plötzlich zu wissen, was die Mutter

sagte. Sie wußte und schloßt, und so oft die Haarblüte ging,

so oft Sprüche auf der Treppe vernommen wurden, so oft

hörte sie, ob nicht eine Ehe kam mit dem von ihrer Mutter

angefüllten Abschiedsbrief.

Die tiefe in die Nacht wachte sie in Todessängigkeit, aber

es kam nichts.

„Mutter, er hat nicht gescheben.“ sagte Marie am

Morgen, und Sprüche antwortete:

„Er meint wohl, ja was denn schreiben, was sich das

andere auch so denken kann.“

Den Tag über wandelte Marie im Waldhause umher

und verließ ihr Hut wie im Traume. Gleich nachdem Asien

ihre Sammlung erhalten, hatte sie ihre Entfaltung gesammelt; ihre

Blattstielzchen ließt begeistert eintreffen. Gefallen, in ihrem

Glück noch, dachte sie nicht ohne Bedauern an den beworbenen

Abstand von dem Schauspiel ihrer langjährigen Töchter —

jetzt hätte sie ihn lieber alle als morgen verlassen. Ach,

und am liebsten hätte sie sich in tiefe Einsamkeit vergessen.

Sie hatte eine Handlung begonnen, durch welche sie in einer

Reihe geführt wurde mit den Gemeinen; sie läßt sich auf-

junten, ließt noch als ins Unglied — in die Schmach.

Drei Tage verließ sie — aus dem Schulhaus zum kein-

Vorholz.

In der Hoffnung zum dritten erwachte Josephus und sah

durch den Türspalt einen Lädelchen aus dem Glümer der

Kammer dringen. Beunruhigt erhob sie sich und lond Marie,

als sie bei ihr eintrat, ganz angehetet um Lädelchen sagen.

„Was tuft denn?“ fragte sie.

„Ich möcht' gern lädelchen, aber es geht nicht.“ ant-

wortete eine von Tränen erfüllte Stimme, und ein Kloko,

geräumtes Kleid schwang sich zu den Alten;

„Schau nur — drei Bögen hab ich schon verbraucht.

Naum hab ich ein paar Seiten aus Papier gebracht, so lange

mein braunes Kleid die Güte wieder aus . . . O Gott!“

schrie sie. „Ich hab's in getrost, daß mein Glück im Trümmer geht; aber doch ich hab' es gerüschlagen noch — das hätte ich nicht geglaubt!“

„Baraus du grad g'macht hast, das weiß ich nicht.“ sagte

die Mutter.

„Dageht's nicht, und das Schreckliche ist — ich!

mag es auch dabei bleiben.“ entgegnete Marie. „Ich weiß,

wie gut er ist; wenn ich hinschreibe und sage: „Gott möcht' nicht,

nimm mich in Gnaden wieder auf — er tut's!“

Ein menschlich Lädelchen und ein menschlich Gnaden war

bei diesen Worten in Josephus erwacht:

„Na, wennst das denkt.“ sagte sie. „Dann probier's,

geb' ihm.“

„Weil ich's darf, darf ich nicht hingehen.“ Es gehört

sich nicht für ihn, daß er mir verträgt. Ich habe ihn ja lieb,

doch ich ihm eine bessere Frau vermöhlt und würde also ja das.

Und mir selbst hab ich doch auch noch zu lieb, um einen Menschen zu jagen: Ich verbrenn dich nicht, ich hab' es ein, aber ja, bitte dich — nimm mich doch!“

Josephus verstand es, die Forderung zu einem verlöschenden

Schritte zu bringen, aber sie fand sein Gehör. Marie blieb

unverdattert und lachte gelöst:

„Du den Vater da habe ich ihm seinen Ring hinzugelegt, und

und dann lädelchen: Rebezahl, wir lassen nicht für

einander, und sonst nichts . . . Aber sofern ich möcht' — ich

bin' ja so nicht unterwegs.“ Ihr möcht' den Ring jetzt' a' tragen

Mutter, und lädelch' einzig' Wort dazu gesprochen. Ich

möcht' freilich gern, daß er den meinen schließe, denn ich brauch'

gar nicht weiterhören seinen Verlobungsring mehr.“ Aber

man darf nicht darum bitten, wenn er's nicht von seines tut.“

„Naun' fällig' am folgenden Morgen Josephus durch

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht

den Hof nach dem Waldhause. Josephus schaute im Sonnenlicht</

Zur bevorstehenden

Weihnachts-Bäckerei

empfiehlt als ganz besonders preiswert

Baef butter

mit Salz, garantiert reine Naturbutter

18 pf. à Pfund 118 pf.

Feine frische Molkerei.

Butter à Pfund 124 pf.

Der Tafelbutter das Beste, was es gibt, 1 Pfund 130 pf.

Die Eigenschaften frischer Naturbutter hat meine bekannte Schlagfahne-Margarine, Marke „Pfirsich“

Pfirsich ist ein hervorragend schönes Produkt, von feinster Butter nicht zu unterscheiden, bräunt, schaumt, duftet herrlich wie feinste, frische Butter, ist ein vollkommener Ersatz für beste Butter.

eignet sich ganz besonders gut zum Stollenbacken.

Pfirsich kostet pro Pfund 1.03 mit höchstem Rabatt.

Die Erzeugerin der „Pfirsich“ erhielt auf der Industrie- und Gewerbeausstellung in Zwickau 1906 für vorzügliche Tafel-Margarine die Goldene Medaille.

Mit Pfirsich gebadete Stollen-Proben sind bei mir gratis zu haben.

Gutschein.

5 Pfund Weizenmehl (Stern-Marke)

erhält der Ueberbringer gleich bei Kauf von 3 Pfund Schlagfahne-Margarine „Pfirsich“ gratis als Beipack.

Gültig bis Weihnachten 1908.

F.E.Krüger

Webergasse 18

Filiale: Schäferstrasse 15. Tel. 1912.

Gutschein.

Um auch solche Kunden, die meinen Gebäck - Schlagfahne-Margarine „Pfirsich“ noch nicht probiert haben, zu einem Versuch zu veranlassen, verfolge ich den Ueberbringer dieses Gutscheins bei Kauf von 2 Pfund „Pfirsich“

1 Pf. garantiert reine Block-Schokolade gratis als Beipack.

Gültig bis Weihnachten 1908.

größte süsse
größte bittere

Allerfeinste Mandeln 1 Pfund 85 pf.
1 Pfund 95 pf.

Allerfeinste Sultaninen 1 Pfund 40, 50, 60 pf.

Allerfeinste Rosinen 1 Pfund 22, 28, 40, 45 pf.

Feinste Korinthen 1 Pfund 30 pf.

Allerfeinstes grossstückiges Zitronat 1 Pfund 70 u. 75 pf.

Feine gelbe Zitronen 4 pf.

Schweineschmalz 1 Pfund 70 pf.

Palmin, feinstes Pflanzenfett 1 Pfund 65 pf.

Krügers Pflanzenfett 1 Pfund 60 pf.

(Bester Ersatz für Palmin)

Mein feinstes Weizenmehl



verlasse ich trotz der bestehenden Preiserhöhung immer noch mein Auge auf die Schlagfahne, nur ebt, wenn jede Tüte den bekannten roten Stern im blauen Halbmond und meine F. E. Krüger trägt.

Hochfeiner Baumbehang 1 Karton = 1 Pf. 70 und 80 pf.

Allerfeinstes Baumbiskuit 1 Pfund 40 und 45 pf.

bei 10 Pfund 1 Pf. 37 und 42 pf.

bei 25 Pfund 1 Pf. 35 und 40 pf.

